

gestern vertraten oder heute vertreten, die volle e i - g e n e V e r a n t w o r - t u n g tragen, die uns niemand abnehmen kann.

Uns scheint, daß wir auch das Prinzip der breit angewandten offenen und auch öffentlichen Kritik und Selbstkritik, das für Marx, Engels, Lenin und Stalin ein entscheidendes Kennzeichen wirklich kommunistischer Arbeitsmethoden war, grob vernachlässigt haben und mutig wiederbeleben müssen.

Bei all diesen Überlegungen ist sich unsere Partei völlig klar darüber, daß es die Möglichkeiten einer einzelnen Partei - und wäre sie auch die erfahrenste und bewährteste von allen - eindeutig übersteigt, alle diese Probleme zu lösen und alle sich erhebenden Fragen zu beantworten. Dazu ist unserer Meinung nach vielmehr eine große k o l l e k t i v e Anstrengung und Arbeit a l l e r Parteien, Organisationen und Kräfte unserer Weltbewegung erforderlich, eine breite internationale Diskussion und ideologische Auseinandersetzung, zu der jede Partei ihren größtmöglichen Beitrag leistet, freimütig ihre Meinung sagt, die Standpunkte der anderen ernsthaft prüft, das ihr fehlerhaft Scheinende mit sachlichen, beweiskräftigen Argumenten zu widerlegen sucht, zugleich aber auch bereit ist, eigene Standpunkte selbstkritisch zu korrigieren, wenn sie von anderen widerlegt werden.

Diese Notwendigkeit ist umso gebieterischer, als unsere Weltbewegung heute nicht nur über noch keine Form der internationalen Organisation oder eines internationalen leitenden Zentrums verfügt, sondern auch über keine wirk-

lich marxistisch-leninistische, gemeinsam erarbeitete und allgemein verbindliche programmatische Plattform.

Genossen! Unsere Partei hofft sehr, daß Ihr einverstanden seid, wenn wir uns nicht mit problemlosen Erklärungen und der euphorischen Betonung der unbestreitbar glänzenden Perspektiven unseres Kampfes begnügen, sondern kritisch und selbstkritisch den Standpunkt unserer Partei darlegen und zur Diskussion stellen. Wir sind der Überzeugung, daß gerade das bedeutet, wirklich kommunistisch und prinzipienfest zu handeln, lebendigen kämpferischen Internationalismus zu betreiben, der wirklichen Einheit unserer Weltbewegung und dem Fortschritt unserer großen gemeinsamen Sache aufrichtig zu dienen.

Es lebe die kämpferische Verbundenheit zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien unserer beiden Länder sowie zwischen den wirklich marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen der ganzen Welt!

Verstärken wir unsere Anstrengungen im Kampf für die Schaffung einer wirklich prinzipienfesten Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung!

Es lebe die unsterbliche Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin, die uns unbesiegbar macht, wenn wir sie gründlich studieren und konsequent anwenden!

Nieder mit dem Opportunismus und Revisionismus aller Sorten!

Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 177

8. Ausgabe 1979

Preis S 10,-

OHNE OFFENHEIT UND KLARHEIT

KEIN WEG ZUR EINHEIT!

FÜR DIE ENGE KÄMPFERISCHE EINHEIT DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEIEN, ORGANISATIONEN UND KRÄFTE DER GANZEN WELT AUF GRUNDLAGE DER LEHREN VON MARX, ENGELS, LENIN UND STALIN

In einer Situation, in der die Anforderungen an die marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder und an die ganze marxistisch-leninistische Weltbewegung ungeheuer gewachsen sind und täglich weiter wachsen, befinden sich die meisten dieser Parteien und Organisationen noch in den Kinderschuhen oder sind gerade dabei, die Erfahrungen ihrer ersten Gehversuche aufzuarbeiten.

Die Tatsache des Zurückbleibens des subjektiven Faktors gegenüber dem Entwicklungsstand der objektiven Bedingungen und Möglichkeiten tritt weltweit geradezu schmerz-

AUS DEM INHALT

ERKLÄRUNG VON 19 PARTEIEN UND ORGANISATIONEN ZUM STALIN-JAHR

Stellungnahme der MLPÖ zum Entwurf der Erklärung ZUR PROBLEMATIK DER UNTERZEICHNUNG

Negatives Beispiel: Europawahl-Erklärung der Sechs

Kritik der MLPÖ an Inhalt und Methode der Europawahl-Erklärung der Sechs

Kommunique des Sekretariats der MLPÖ zu den Vorfällen in Lissabon am 1. Juli 1979

TEXT DER REDE, WELCHE DEM VERTRETER DER MLPÖ AUF DEM "INTERNATIONALEN MEETING" IN LISSABON ZU HALTEN VERWEHRT WURDE

haft in Erscheinung und findet ihren Ausdruck nicht nur in der Unreife und Schwäche der marxistisch-leninistischen Bewegung in der Mehrzahl der einzelnen Länder, sondern auch im Stand ihrer gegenseitigen Beziehungen und im Grad ihres internationalen Zusammenschlusses.

Die marxistisch-leninistische Weltbewegung verfügt heute über keinerlei Form einer internationalen Organisation, über keinerlei gemeinsames Organ, kein kollektives Forum irgendeiner Art. Es gibt keine gemeinsam erarbeitete politische Plattform unserer Weltbewegung, kein einziges umfassendes politisches Dokument, das mehr als einzelne Parteien verbinden würde.

Schlimmer noch: Es gibt über die Anforderungen und Normen der richtigen Beziehungen zwischen marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen die größten Unklarheiten und zum Teil direkt entgegengesetzte Auffassungen. Das, was 1957 und 1960, nach dem Tod

des Genossen Stalin - unverkennbar unter Federführung der Chruschtschow-Revisionisten - als "Normen der gegenseitigen Beziehungen" festgelegt wurde, widerspricht den Lenin-Stalinschen Normen in grundlegender Weise, kann einen weltweiten Zusammenschluß und eine prinzipienfeste Einheit der marxistisch-leninistischen Kräfte in aller Welt weder herbeiführen noch sichern, während die ursprünglichen kommunistischen Normen der gegenseitigen Beziehungen, wie sie von Lenin und Stalin sowie durch die III. Internationale entwickelt und angewandt wurden, seit Jahrzehnten nicht mehr propagiert und praktiziert werden, ja so sehr außer Gebrauch gekommen und in Vergessenheit geraten sind, daß eine Neubestimmung auf sie und ihre Wiederanwendung oft wie eine Sittenwidrigkeit aufgefaßt wird und Reaktionen auslöst, die selbst wieder in geradezu erschreckender Weise zeigen, wie weit sich die Betreffenden schon von den kommunistischen Normen entfernt und in extrem reaktionäre, im Grunde sogar konterrevolutionäre Methoden und Verhaltensweisen verstrickt haben.

Einerseits Folge der Unreife des subjektiven Faktors in den einzelnen Ländern, wirken andererseits alle Mängel zugleich sehr negativ auf die Verhältnisse in diesen zurück, erschweren die Entwicklung der einzelnen Parteien und Kräfte, wirken in Richtung der Vergrößerung und Konservierung ihrer Schwierigkeiten und stellen sie immer wieder vor Aufgaben, die ihre Kräfte und Möglichkeiten einfach übersteigen.

Schließlich bedeutet das Fehlen internationaler Organisationsformen, Tribünen und gemeinsam erarbeitete

Abonnieren Sie

Rote Fahne

Zentralorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs (MLPÖ)

Jährlich erscheinen etwa 10 Nummern

Inlandsabonnement für 10 Nummern S 85,-

Auslandsabonnement im Direktversand ö.S 205,-

Österr. Postscheckkonto Nr. 1738481

ter verbindlicher Dokumente, daß es derzeit auch keine Instanz unserer Weltbewegung gibt, die über den Charakter der einzelnen sich auf den Marxismus-Leninismus berufenden Parteien und Organisationen ein auf gründliche Analysen und ausreichende Sachkenntnis gestütztes Urteil abgeben könnte, was dem Auftreten aller möglichen pseudokommunistischen, nur dem Namen nach "marxistisch-leninistischen" Gruppierungen umfangreiche Beteiligungsmöglichkeiten sichert und ihre Entlarvung sehr erschwert.

Alle diese Gegebenheiten machen es verständlich, daß ihnen die wirklich marxistisch-leninistischen Kräfte in aller Welt zunehmende Aufmerksamkeit widmen, daß unter ihnen die Erkenntnis der unbedingten Notwendigkeit ihres engsten internationalistischen Zusammenschlusses rapide wächst und sie immer entschlossener nach Wegen ihrer Verwirklichung suchen. Gerade dabei jedoch erhebt sich als ungeheures Hindernis die sehr weit reichende Unklarheit über die dafür anzuwendenden und diesem Ziel entsprechenden Methoden und Normen. Daher ist der konsequente, vor keinerlei Schwierigkeiten zurückschreckende und keinerlei eingebürgerte Tabus respektierende Kampf für die Neubelebung und Wiederinkraftsetzung der Lenin-Stalinschen Normen der Beziehungen zwischen den einzelnen Teilen unserer Weltbewegung von wahrhaft existenzieller Bedeutung und kann es ohne seinen vollen Erfolg keine echte Einheit in dieser internationalen Bewegung geben.

Auch unsere österreichische Partei, die MLPÖ, erachtet den ver-

stärkten Kampf für eine enge kämpferische Einheit der marxistisch-leninistischen Parteien, Organisationen und Kräfte der ganzen Welt auf der Basis der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin als eine brennende Aufgabe von höchster Aktualität. Sie ist dementsprechend sehr bestrebt, alle in dieser Richtung weisenden Initiativen mit allem Nachdruck zu unterstützen und selbst ihr Äußerstes zu tun, um einen möglichst großen Beitrag im Kampf für eine solche prinzipienfeste internationalistische Einheit zu leisten.

Von diesem Standpunkt ausgehend hat die MLPÖ alle von seiten ihrer Bruderparteien und -Organisationen an sie herangetragenen Vorschläge zur Abfassung prinzipienfester zweiseitiger oder mehrseitiger Gemeinsamer Erklärungen und Stellungnahmen aufrecht begrüßt, hat sich zu einer dementsprechenden engen Zusammenarbeit stets bereit gezeigt und hat so, wie die Tatsachen bezeugen, ihren Teil zu ihrem Zustandekommen beigetragen. Aus denselben Beweggründen hat die MLPÖ auch die von Seiten ihrer Bruderparteien an sie gerichteten Einladungen zur Teilnahme an Veranstaltungen dieser Parteien sowie an internationalistischen Kundgebungen als Akte von höchster Wichtigkeit betrachtet und fallweise auch sehr große materielle Opfer auf sich genommen, um solchen Einladungen zu entsprechen und ihre Delegationen bzw. Vertreter entsenden zu können.

In diesem Zusammenhang muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die MLPÖ zu einigen der seit 1976 organisierten internationalen Treffen bzw. Aktivitäten nicht eingeladen wurde und somit daran auch nicht mitwirken konnte.

Im Falle der in Athen organisierten

internationalistischen Kundgebung lag das einfach darin, daß damals zwischen der MLPÖ und der jungen KP Griechenlands (Marxisten-Leninisten) noch keine Beziehungen hergestellt waren, was inzwischen aber erfolgt ist.

Anders war es bei der internationalen Kundgebung vom Jänner 1977 in Rom, da mit der KPI/ML nicht nur normale brüderliche Beziehungen bestanden, sondern zwischen MLPÖ und KPI/ML sogar ein zweiseitiges Gemeinsames Kommunikative beschlossen worden war, in der sich die beiden Seiten zur systematischen Festigung und Vertiefung ihrer Zusammenarbeit verpflichtet hatten. Das ZK der MLPÖ behandelte diese Angelegenheit als ernstes Ereignis und richtete am 1. März 1977 einen Brief an das ZK der KPI/ML, in dem es sein Erstaunen darüber ausdrückte, daß es von diesem Treffen weder verständigt noch zur Teilnahme daran eingeladen worden war und um eine Begründung für diese Unterlassung bat. In diesem Brief unterstrich das ZK der MLPÖ:

„Die MLPÖ ist schon seit längerer Zeit der Überzeugung, daß nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Notwendigkeit besteht, von bilateralen Treffen und Vereinbarungen der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen zu multilateralen Treffen, Vereinbarungen und Aktionen überzugehen.

Das ZK unserer Partei hält es aber für angebracht, besonders zu unterstreichen, daß solche multilateralen Treffen und Absprachen nur dann eine positive Rolle hinsichtlich der Festigung der Einheit und Geschlossenheit der marxistisch-leninistischen Bewegung spielen können, wenn sie allen als marxistisch-leninistisch bekannten und anerkannten Parteien und Organisationen der betreffenden Region bzw. des betreffenden Kontinents offenstehen und jeglicher Anschein einer zufälligen oder gar willkürlichen Auswahl der eingeladenen Parteien verhindert wird...

Unsere Partei, die MLPÖ, legt besonderen Wert darauf, zu jeder multilateralen Konferenz oder Veranstaltung in Europa oder in noch größerem Rahmen, die von einer ihrer Bruderpar-

teien einberufen wird, eingeladen zu werden und wird solchen Einladungen weitestmöglich entsprechen, um an Ort und Stelle ihre Meinung als gleichberechtigte souveräne Partei auszudrücken.“

Leider ist dieser Brief, von dessen Ankunft wir informiert sind, trotz einiger Urgezen bis jetzt unbeantwortet geblieben.

Ein weiteres Beispiel ist der 1. Kongreß der von der KP Spaniens/ML geführten Gewerkschaftsorganisation AOA in Madrid, zu dem revolutionäre Gewerkschafter aus vielen Ländern eingeladen wurden. In diesem Fall wurde zwar eine Einladung der MLPÖ beschlossen, eine Delegation revolutionärer österreichischer Arbeiter zu entsenden, doch die mit 3. Dezember 1977 datierte Einladung wurde auf dem Umweg über Westdeutschland gesandt, wo sie "zwecks Übersetzung" einen ganzen Monat lang liegenblieb und laut Poststempel erst abgesandt wurde, als es schon zu spät war. Der Einladungsbrief erreichte uns am 12. Jänner 1978 - vier Tage nach Beendigung des Kongresses. Ein am 18. Jänner 1978 unsererseits entsandter Brief dokumentierte im Detail diese merkwürdige Verzögerung und stellte die Frage:

„Die Folgen einer solchen Verzögerung mußten den daran Schuld Tragenden unbedingt klar sein! Warum wurde dennoch eine solche, die ganze Einladung gegenstandslos machende Verzögerung zugelassen?“

Auch dieser Brief, der auf sicheren Wegen übermittelt wurde, ist bisher unbeantwortet geblieben.

Schließlich wurde die MLPÖ auch nicht zu der im Oktober 1978 von der PdA Albaniens veranstalteten und international beschickten "Wissenschaftlichen Tagung" über "Probleme der heutigen Weltentwicklung" eingeladen.

(Nur der Vollständigkeit halber sei vermerkt, daß auch die KPD/ML (Ludwigshafen) und die KP Kanadas/ML (Montreal) "internationalistische Meetings" veranstaltet haben. Da die MLPÖ diese Parteien nach eingehender Prüfung jedoch nicht als marxistisch-leninistisch betrachtet und darum keine Beziehungen zu ihnen unterhält, konnte und kann sie

an deren Tätigkeiten, welchen Titel immer sie tragen, nicht teilnehmen, unabhängig davon, ob man sie dazu einlädt oder nicht.)

Die MLPÖ stimmte und stimmt allen Initiativen für engeren Zusammenschluß aller marxistisch-leninistischen Kräfte selbstverständlich in der Erwartung zu, daß solche Aktivitäten und Kundgebungen nicht den Zweck haben, tatsächlich vorhandene Meinungsverschiedenheiten zu verdecken und lediglich nach außen hin eine Fassade scheinbarer Einheit und Solidarität aufzurichten, sondern die Möglichkeit geben, freimütig Erfahrungen und Meinungen auszutauschen, auf brüderliche und sachliche Weise Kritik zu üben und zu empfangen, bei abweichenden Auffassungen auf grund ausführlicher Diskussionen und auf dem Boden der Lehren des Marxismus-Leninismus richtige gemeinsame Standpunkte auszuarbeiten oder zumindest vorzubereiten, um auf der so gewonnenen prinzipienfesten Basis den Kampf für die gemeinsamen Ziele zu koordinieren und die konkrete, möglichst allseitige internationalistische Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Im Zusammenhang mit solchen Veranstaltungen von Bruderparteien bzw. von ihnen vorgeschlagenen Initiativen wie Gemeinsamen Erklärungen usw. macht es die MLPÖ nicht zur Bedingung, daß an ihnen ausschließlich solche Parteien und Kräfte teilnehmen bzw. alle jene Parteien eingeladen werden, die sie selbst als marxistisch-leninistisch betrachtet und mit denen sie selbst brüderliche Beziehungen unterhält.

Da es gegenwärtig eben kein internationales Organ und keine kollektive Instanz gibt, die entschei-

den könnte, was als marxistisch-leninistische Partei bzw. Organisation eines bestimmten Landes gelten kann und was nicht, noch nicht oder auch nicht mehr, gibt es keine andere Möglichkeit, als daß jede einzelne marxistisch-leninistische Partei bzw. Organisation selbst, auf grund der eigenen Erfahrungen, Untersuchungen und Einschätzungen, bestimmt, was ihre Bruderorganisation sein kann und was nicht. Daß dabei nicht nur übereinstimmende Urteile und Entscheidungen zustandekommen werden, sondern auch manche abweichende, zeigt die Praxis und ist angesichts der Kompliziertheit der Verhältnisse auch nicht verwunderlich. Naturgemäß ergeben sich daraus eine Reihe schwieriger Probleme und ist das keine Situation, mit der man sich auf die Dauer wird abfinden können. Trotzdem hält es unsere Partei für eine zunächst unvermeidliche Erscheinung, die erst im Laufe einer längeren Arbeit und längeren Kampfes, nach weiterer gründlicher Prüfung der gesamten Theorie und Praxis der betreffenden Organisationen, insbesondere aber auf Grund ihrer tatsächlichen Bewährung im Feuer des innernationalen und internationalen Klassenkampfes, wird überwunden werden können. Die bereits erfolgte Lösung aller dieser Probleme zur Voraussetzung jeglicher Beteiligung an internationalistischen Veranstaltungen oder mehrseitigen Deklarationen zu machen, würde heute praktisch den Verzicht auf die positive Beteiligung an den meisten dieser Initiativen bedeuten, die Gefahr der Isolierung gerade der konsequentesten marxistisch-leninistischen Parteien und Kräfte heraufbeschwören und damit den Kampf für eine prinzipienfeste

Einheit der wirklich marxistisch-leninistischen Kräfte und die Entlarvung der diversen Pseudos erschweren.

Selbstkritisch unterstreicht unsere Partei in diesem Zusammenhang auch die Untauglichkeit der von ihr früher praktizierten Methode, einfach alle jene Parteien und Organisationen als Bruderorganisationen, das heißt als erwiesenermaßen marxistisch-leninistisch anzuerkennen, welche von der PdA Albaniens so eingeschätzt wurden. Diese Automatik entsprach dem außerordentlichen Mangel an internationalen Informationen, Kenntnissen und Erfahrungen, der unsere Arbeit zunächst kennzeichnete, sowie dem Bestreben, trotz dieses Mangels und trotz der Unmöglichkeit, ihn rasch zu beheben, raschestens weltweite Beziehungen herzustellen. Diesem positiven Aspekt standen jedoch auch eine Reihe von negativen gegenüber. Im Grunde erkannten wir das aber erst nach den sehr desillusionierenden Erfahrungen mit der KPD/ML, besonders aber nach dem Farbwechsel Chinas, als eine große Zahl, in Europa sogar die Mehrzahl der als "marxistisch-leninistisch" anerkannten Parteien fast über Nacht zur neuesten und plumpesten Erscheinungsform des modernen Revisionismus hinüberschwenkte oder einfach den Vorhang fallen ließ, hinter dem sich ihr tiefsitzender Revisionismus eine Zeitlang versteckt hatte. Es liegt auf der Hand, daß man nach diesem so offenkundigen Fiasko des Systems und der Methode der gegenseitigen "Anerkennungen", wie wir es bis dahin praktiziert hatten, nicht einfach damit fortfahren kann, als wäre nichts gewesen.

Zu einem effektiveren System und zu grundsätzlicheren Methoden bei

der Herstellung und Weiterentwicklung prinzipienfester Parteibeziehungen zu kommen, vor allem zu solchen, die sich auf eigene Analysen und aus der eigenen Sachkenntnis kommende Urteile gründen, erfordert allerdings umfangreiche Studien meist fremdsprachiger Materialien, viele direkte Kontakte, Gespräche und Diskussionen, kostet also viel Zeit und Arbeit und läßt daher keine kurzfristigen und schon gar keine summarischen Schritte zu. Diese Gegebenheiten sind ein weiterer Grund dafür, warum jeglicher, auch noch so gut gemeinter Versuch, sozusagen in Rekordzeit eine "neue Internationale" zu gründen, entweder von vornherein scheitern wird oder aber nur zur Karikatur einer solchen führen kann, welche die tatsächlich vorhandene Zersplitterung und Verwirrung noch verschlimmert.

Nicht zuletzt ist der Versuch und das Vorhaben, die internationalen Beziehungen der marxistisch-leninistischen Parteien, Organisationen und Kräfte auf solidere, tragfähigere Grundlagen zu stellen und so zu ihrer engsten Vereinigung zu kommen, auch eine Frage des beharrlichen Kampfes gegen die Tendenz, das alte, untauglich gewordene, vom Leben selbst widerlegte und heute in keiner Weise mehr zu rechtfertigende Schema allen Erfahrungen zum Trotz beizubehalten und jedes Abgehen von ihm unter Strafsanktion zu stellen, womöglich sogar mit Abbruch der Beziehungen und mit Erklärung der Betreffenden zu "Provokateuren", "berufsmäßigen Spaltern", "Feinden", "Agenten" usw. zu ahnden. Demgegenüber besteht die MLPÖ darauf, daß unter den heute gegebenen Bedingungen jede Partei die Pflicht hat, die Entscheidungen ih-

rer Bruderparteien über die Anerkennung oder Nichtanerkennung dritter Parteien und Organisationen als marxistisch-leninistisch, die Aufnahme oder Verweigerung von Beziehungen mit solchen insofern zu respektieren, als sie das Recht auf solche souveräne Entscheidungen uneingeschränkt anerkennt, in diesen Fragen keinen wie immer gearteten Druck auf andere, möglicherweise schwächere Parteien ausübt und keinesfalls mit Verschlechterung der Beziehungen oder Abbruch der Zusammenarbeit reagiert, wenn in bezug auf die Einschätzung und Behandlung dritter Parteien bzw. Organisationen vorläufig keine Übereinstimmung erzielt werden kann.

Etwas ganz anderes als die Frage der Teilnehmer an internationalistischen Initiativen einzelner Parteien bzw. der Unterzeichner der von einzelnen Parteien initiierten gemeinsamen Dokumente ist die Frage des Inhalts solcher Initiativen und Dokumente bzw. der auf internationalistischen Treffen abgegebenen Stellungnahmen sowie der bei derartigen Anlässen angewandten Vorgangsweisen. Diesbezüglich steht die MLPÖ auf einem sehr entschiedenen Standpunkt:

Bei internationalistischen Kundgebungen, Meetings und Veranstaltungen aller Art muß die Möglichkeit gegeben sein, die Linie unserer Partei, die selbst erarbeiteten Standpunkte und Einschätzungen der MLPÖ, unzensuriert, offen und selbstverständlich auch öffentlich in der Form zu vertreten, welche die Partei selber für angemessen hält.

Projekte zu gemeinsamen Erklärungen und internationalistischen Dokumenten jeder Art, egal ob sie auf Initiative einer oder mehrerer Parteien angeregt und vorbereitet werden, müssen allen Parteien und Organisationen, denen sie zur Unterzeichnung vorgelegt werden, die Möglichkeit geben, an der endgültigen Formulierung des Textes tatsächlich mitzuarbeiten. Unter keinen Umständen ist es zulässig, sie ihnen fix und fertig ohne jede Möglichkeit zu wirklicher Mitarbeit an der inhaltlichen Gestaltung, nach der Methode vorzusetzen: "Unterschreibt oder laßt es bleiben!"

Unsere Partei ist nicht der Meinung, daß sie an internationalistischen Aktivitäten nur dann teilnehmen und gemeinsame Dokumente nur dann unterschreiben dürfe, wenn sie mit ihrem Inhalt bis ins kleinste Detail übereinstimmt. Keinerlei Kompromisse scheinen uns jedoch in den grundsätzlichen, prinzipiellen Fragen zulässig.

Schließlich halten wir dafür, daß die Teilnahme an internationalistischen Veranstaltungen und die Unterzeichnung gemeinsamer Erklärungen das grundsätzliche Recht der betreffenden Parteien nicht beschneidet oder löscht, an den einen oder anderen ihrer Details Kritik zu üben, dazu offen und auch öffentlich ihre Anmerkungen zu machen und jene ihrer Standpunkte hervorzuheben, die dort nicht oder nur unzulänglich zum Ausdruck gekommen sind.

In diesem Sinne und mit diesem Verständnis hat sich die MLPÖ kürzlich an einer Initiative für eine

gemeinsame Erklärung zum Stalin-Jahr beteiligt und ist der Einladung zur Entsendung eines Vertreters zu dem "internationalistischen Meeting" in Lissabon anlässlich des Abschlusses des III. Parteitags der KP Portugals (Wiederaufgebaut) mit Freude gefolgt. In dem selben Sinn und mit dem selben Verständnis hat sie die Aufforderung, eine fix und fertig vorgelegte, mit schweren inhaltlichen Fehlern behaftete gemeinsame Erklärung zu den Europa-Wahlen mit zu unterzeichnen, abgelehnt.

Gerade angesichts dieser beiden Beispiele sowie aus Anlaß des der Sache der Festigung und Stärkung der Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung äußerst abträglichen Verlaufs des Meetings in Portugal unterstreicht unsere Partei, daß sie ihre Anstrengungen verstärken wird, ihren höchstmöglichen Beitrag im Kampf für eine prinzipienfe-

ste Einheit aller wirklich marxistisch-leninistischen Parteien, Organisationen und Kräfte der Welt zu leisten. Die Vorfälle der letzten Zeit haben noch deutlicher gemacht, daß echte Schritte zu dieser Einheit nur gemacht werden können, wenn man die revolutionäre Prinzipientreue an die erste Stelle setzt, mit dem eigenen Kopf denkt und gemäß der eigenen Verantwortung handelt, die Möglichkeiten der freimütigen Diskussion und Auseinandersetzung, der offenen und auch öffentlichen Kritik voll ausschöpft, daß es manchmal aber auch nur möglich ist, indem man furchtlos "Nein!" sagt, faule Methoden und Prinzipienlosigkeiten ohne Rücksicht auf mögliche Repressalien zurückweist und sich keiner Drohung und keinem Diktat seitens jener beugt, die sich mit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung verwechseln, aber nicht einmal deren fundamentalste Grundsätze und Arbeitsmethoden zu akzeptieren und anzuwenden bereit sind.

ZUM STALIN-JAHR

GEMEINSAME ERKLÄRUNG VON 19 PARTEIEN UND ORGANISATIONEN

In diesem Jahr jährt sich zum 100. Mal der Geburtstag Josef Stalins. Stalin war mehr als ein halbes Jahrhundert lang ein großer kommunistischer Führer, ein Kämpfer an der vordersten Front der Partei der Bolschewiki und der internationalen kommunistischen Bewegung. Sein Name ist mit der Oktoberrevolution, mit dem Aufbau des Sozialismus im ersten sozialistischen Land der Welt, mit der Niederlage des Nazi-Faschismus verbunden. Sein Werk ist mit dem revolutionären Kampf in den fünf Erdteilen während einer langen Periode verbunden, denn viele Jahre lang war Stalin Lehrer, Führer und Inspirator des Kampfes des revolutionären Proletariats der ganzen Welt.

Stalin ist ein Klassiker der marxistisch-leninistischen Theorie, die er in vielen Aspekten auf der Grundlage der Lehren von Marx, Engels und Lenin, seinem Lehrer und Kampfgefährten, weiterentwickelt und ergänzt hat.

Der Name Stalins, der von den Proletariern und wirklichen Kommuni-

sten so sehr geliebt wird, wird heute von der reaktionären Bourgeoisie und den Revisionisten aller Schattierungen mit Füßen getreten, beschimpft und diffamiert. Alle Revisionisten sind sich mit ihrem Angriff auf Stalin einig, schließen sich bei diesem Angriff mit der Bourgeoisie zusammen und posaunen in einem schrillen Chor Verleumdungen und Lügen aus. Dieser gemeinsame Angriff auf den Namen Stalins, bei dem die Imperialisten und ihre Agenten in der Arbeiterbewegung zusammenwirken, ist nicht nur ein Angriff auf eine Person oder eine Persönlichkeit der Vergangenheit: Es ist ein Angriff auf die Prinzipien, die Ideale, den Geist, die Stalin beseelten und die heute im Kampf von Millionen Männern und Frauen weiterleben. Es ist ein Angriff auf den Leninismus, auf die revolutionäre Theorie des Proletariats.

Stalin war während seines ganzen Lebens ein Verteidiger des proletarischen Internationalismus, der Einheit des Kampfes der Proletarier der ganzen Welt, der stählernen Einheit zwischen den Kommunisten aller Länder, der Weltrevolution, ein großer Führer der Kommunistischen Internationale. Deshalb greifen alle Revisionisten, die Prediger der "nationalen Wege zum Sozialismus", des chauvinistischen Sozialimperialismus, die Verleumder des Werkes der Kommunistischen Internationale, die Theoretiker der "begrenzten Souveränität" sein Werk an und verleumden es.

Stalin war in Theorie und Praxis ein entschiedener Verteidiger des Selbstbestimmungsrechts der unterdrückten Nationalitäten und der Unabhängigkeit der durch den Imperialismus unterjochten Völker. Deshalb war und ist er Zielscheibe der Angriffe aller Chauvinisten und Imperialisten.

Stalin war ein unnachgiebiger Verteidiger der leninistischen Auffassung von der Partei, ihrer Einheit des Willens und Handelns, ihrer geschichtlichen Notwendigkeit zur Durchführung der proletarischen Revolution, ihrer Vorhutrolle. Deshalb greifen ihn alle Revisionisten zügellos an - die Verteidiger "verschiedener Linien in der Partei", der "Partei des ganzen Volkes", der "Revolution ohne Partei", diejenigen, die den proletarischen Klassencharakter leugnen, jene, die den Liberalismus innerhalb der Partei zur Theorie erheben oder den revolutionären Charakter der Partei durch Bürokratismus zerstören wollen.

Stalin war ein Verteidiger der marxistisch-leninistischen Auffassung über den Klassenkampf in allen seinen Formen, des revolutionären Kampfgeistes. Deshalb greifen alle Versöhnler, Pazifisten, Anhänger der faulen Kompromisse ihn an.

Stalin war ein Verteidiger der Prinzipien der Diktatur des Proletariats und wandte diese Prinzipien in der Sowjetunion konsequent an. Er war ein Verteidiger der bewaffneten Revolution unter Führung des Proletariats, und an der Spitze der KPdSU verwirklichte er in der Sowjetunion die Liquidierung der Ausbeuterklassen und den Aufbau des Sozialismus. Deshalb greifen alle Revisionisten Stalin an, insbesondere die Chruschtschow-Revisionisten, die, ausgehend vom 20. Parteitag der KPdSU, das Werk Stalins in der Sowjetunion zerstörten, den Kapitalismus in der Sowjetunion wieder herstellten und sie in ein imperialistisches Land verwandelten, und die chinesischen, jugoslawischen und anderen verräterischen Revisionisten, die alle ihre Anstrengungen darauf gerichtet haben, den Aufbau des Sozialismus in ihren jeweiligen Ländern zu verhindern oder

den Kapitalismus wieder herzustellen. Diesem Angriff schließen sich diejenigen an, die die Existenz des Sozialismus in der heutigen Welt leugnen, die die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus abstreiten, die das "Hineinwachsen" der reaktionären Klassen in den Sozialismus oder die "Umwandlung" des Kapitalismus in den Sozialismus predigen.

Stalin verteidigte in seinem ganzen Leben die marxistisch-leninistischen Prinzipien, die theoretische und ideologische Strenge und Klarheit gegen Oberflächlichkeit und Eklektizismus, die ideologische Standhaftigkeit gegen die Wankelmütigkeit, die proletarische Politik gegen die bürgerliche Politik, die revolutionäre Praxis gegen den Opportunismus.

Deshalb bedeutet die Verteidigung des Namens Stalins, heute wie vor 30 Jahren, als Genosse Stalin noch lebte, den Marxismus-Leninismus, die proletarische Revolution, den Sozialismus, das Weltproletariat verteidigen.

Deswegen erklären die Parteien, die das vorliegende Dokument aus Anlaß des bedeutsamen Tages der Feier des 100.Geburtstages Josef Stalins, des großen kommunistischen Führers, aufrechten Revolutionärs und hervorragenden Marxisten-Leninisten, unterzeichnen:

Die Verteidigung des Namens und des Werkes Josef Stalins ist eine Pflicht für alle wirklichen Kommunisten, denn sie bildet einen Trennungsstrich zwischen dem Marxismus-Leninismus und dem Revisionismus, zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, zwischen dem Imperialismus und den Völkern, zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus, zwischen der Revolution und der Reaktion.

Der Name Josef Stalins wird niemals sterben, solange es den Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gibt, solange es den Kampf gibt für die kommunistische Zukunft der Menschheit, solange in der Menschheit die Erinnerung weiterlebt an diejenigen, die den Weg ihrer Befreiung gebahnt haben.

Organisation für den Aufbau der KP AFGHANISTANS/ML
Kommunistische Partei ANGOLAS (Auslandsorganisation)
Kommunistische Partei BRASILIENS
Kommunistische Partei DAHOMEYS
Kommunistische Partei DÄNEMARKS / ML
Kommunistische Partei DEUTSCHLANDS / ML
Kommunistische Arbeiterpartei FRANKREICHS
Kommunistische Arbeiter- und Bauernpartei des IRAN
Kommunistische Partei IRLANDS / ML
Kommunistische Partei ITALIENS / ML
Kommunistische Partei JAPANS / Linke
Kommunistische Partei KANADAS / ML
Kommunistische Partei KOLUMBIENS / ML
Kommunistische Partei MEXIKOS / ML
Marxistisch-Leninistische Partei ÖSTERREICHS
Kommunistische Partei PERUS / ML
Kommunistische Partei PORTUGALS / Wiederaufgebaut
Kommunistische Partei SPANIENS / ML
Revolutionäre KP der TÜRKEI / Aufbauorganisation

SCHREIBEN DES SEKRETARIATS DES ZK DER MLPÖ AN DAS ZK DER KP SPANIENS/ML ZUM ENTWURF DER ERKLÄRUNG ZUM STALIN-JAHR

Werte Genossen!

Vor kurzem wurden dem Zentralkomitee unserer Partei seitens der Auslandsabteilung des ZK der KPD/ML zwei Entwürfe für Gemeinsame Erklärungen sowie zwei Begleitschreiben dazu übermittelt. Die eine Erklärung betrifft die Europawahlen vom 10. Juni 1979, die andere den 100. Geburtstag des Genossen Stalin.

Da unsere Partei mit den Absendern dieser Schriftstücke keine Beziehungen unterhält und aus den Texten hervorgeht, daß die KP Spaniens/ML der Redaktionskommission angehört, wenden wir uns mit der Antwort an Euch. Abschriften unserer Antwort werden wir zur Kenntnisnahme auch anderen Parteien übermitteln.

I. ZUR ERKLÄRUNG ÜBER DIE "EUROPAWAHLEN"

Im dazugehörigen Begleitschreiben wird betont, daß der Text dieser Gemeinsamen Erklärung von den Initiatoren, nämlich von 5 Parteien, "bereits unterzeichnet" ist und "keine Änderungen mehr möglich" seien. Unsere Partei ist jedoch mit einigen Stellen und Formulierungen des Textes nicht einverstanden, hält sie für falsch und hätte entsprechende Änderungen für erforderlich gehalten. Da jedoch keinerlei Änderung des Textes zugelassen wird, sieht sich unsere Partei leider außerstande, die Erklärung zu unterzeichnen. Unsere Kritik am Text bzw. unsere Einwände, ohne deren Berücksichtigung uns die Unterzeichnung unmöglich ist, werden wir gesondert mitteilen.*

* Siehe Seite 22 dieser Nummer.

II. ZUR GEMEINSAMEN ERKLÄRUNG ZUM STALIN-JAHR

Prinzipiell ist unsere Partei bereit, diese Erklärung mitzuunterzeichnen!

Wir haben jedoch einige Bemerkungen dazu sowie auch ein paar Verbesserungsvorschläge.

Im Gegensatz zur Erklärung über die Europawahlen wird im Begleitschreiben zum Projekt einer Gemeinsamen Erklärung zum Stalin-Jahr eine gewisse Möglichkeit von Änderungsvorschlägen zugestanden. Das ist positiv.

Es wird jedoch verlangt, daß diese Änderungsvorschläge "nicht den Kern" des Textes betreffen sollen, denn der Entwurf sei bereits von 8 Parteien bzw. Organisationen gebilligt. Derartige Beschränkungen halten wir für negativ, wir können auch die Teilung der Parteien in zweierlei Kategorien mit verschiedenen Rechten und Möglichkeiten nicht billigen.

Wir nehmen jedoch eine solche Situation zur Kenntnis und werden uns auf Änderungsvorschläge beschränken, die nur einige Details betreffen.

1.) Seite 1,3. Absatz, vorletzte Zeile: "

Statt allgemein von "Männern und Frauen" zu sprechen, sollte man vom Klassengesichtspunkt ausgehen, also "Arbeiter und Arbeiterinnen" oder "Arbeiter und arbeitende Menschen" sagen odgl.

* Die Seitenangaben wie die Änderungsvorschläge überhaupt beziehen sich natürlich auf den hier nicht veröffentlichten Entwurf der Erklärung.

2.) Seite 1, 4.Absatz:

Hier wie im ganzen Text fehlt jedes Wort über den XX.Parteitag der KPdSU, den die modernen Revisionisten unter Führung Chruschtschows als die große Abrechnung mit den Lehren und dem Werk Stalins aufzogen und von dem aus sie erstmals ihren ganzen Komplex revisionistischer, gegen die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin gerichteter Theorien ausposaunten.

Wird der XX.Parteitag, welcher den restlosen Bruch der modernen Revisionisten mit den Lehren und dem Werk Stalins dokumentierte, nicht erwähnt, so ist es unmöglich, die Demagogie jener heutigen sowjetischen Führer zu entlarven, die dort und da wieder einige positive Worte über Stalin fallen lassen. Ohne Betonung der Rolle des XX.Parteitages kann auch die Demagogie der bürgerlichen Presse nicht entlarvt werden, die davon schwätzt, in der Sowjetunion herrsche weiter der "Stalinismus". Ohne Erwähnung des XX.Parteitages wird auch nicht wirklich klar, daß es nicht so sehr um die Person Stalins ging und geht, sondern um seine Lehren und sein Werk. Die Betonung der Rolle des XX.Parteitages ist auch eine wichtige Barriere gegen jegliche Tendenz, angesichts des ungeheuerlichen Verrats der chinesischen Führer die Verbrechen der Chruschtschow-Breshnew-Clique gegen Stalin in einem milderem Licht zu sehen.*

3.) Seite 1, 5.Absatz, vorletzte Zeile:

Hier wird einseitig gegen den Liberalismus in der Partei polemisiert und es entsteht der Eindruck, als ob das Wesent-

liche an Stalin sein Kampf gegen den Liberalismus innerhalb der Partei gewesen sei. Das ist jedoch ein Zerrbild von Stalin. Genosse Stalin hat bekanntlich dem Kampf gegen den Bürokratismus zumindest ebensoviel Aufmerksamkeit gewidmet wie dem Kampf gegen den Liberalismus, genauso wie er nie einseitig den Zentralismus in der Partei auf Kosten des Demokratismus betont hat. Spricht man also von Stalins Kampf gegen den Liberalismus in der Partei, so muß man auch etwas über Stalins Kampf gegen den Bürokratismus in der Partei sagen.*

4.) Seite 1, letzter Absatz:

Statt von "Verteidigung des sozialistischen Lagers" sollte man von der Verteidigung der sozialistischen Länder sprechen. Bekanntlich hat der Begriff "sozialistisches Lager" zwei ganz verschiedene Bedeutungen. Bekanntlich haben die chinesischen Revisionisten die später entstandene, enge Auffassung des Begriffs als bloße Summe von sozialistischen Ländern dazu mißbraucht, von einem "Zerfall" des sozialistischen Lagers zu schwätzen, während der ursprüngliche klassische Begriff des "sozialistischen Lagers", wie ihn insbesondere Lenin verwendete, alle Kräfte der proletarischen Weltrevolution einschließt. Im vorliegenden Text sollte diese Problematik ausgeklammert werden.*

5.) Seite 2, 2.Absatz, 1.Zeile:

Statt von der Verteidigung des "Namens" von Stalin müßte von der Verteidigung der L E H - R E N Stalins die Rede sein, denn darum geht es vor allem.

6.) Seite 2, 3.Absatz, 1.Zeile:

Auch hier sollte die Wendung "der Name Josef Stalins" durch "die Lehren Stalins" ersetzt werden.

* In Richtung dieses Änderungsvorschlages der MLPÖ wurde der Entwurf der Erklärung tatsächlich abgeändert. (Anmkg. d. RF-Red.)

Nach Meinung unserer Partei würden die vorgeschlagenen Änderungen das Dokument von einigen Schwächen befreien und seiner Tendenz, präzisen Formulierungen auszuweichen und sie durch allgemeine Huldigungen zu ersetzen, etwas entgegenwirken. Grundlegend verbessern können diese Änderungen den Text jedoch nicht.

Nach Einschätzung unserer Partei ist der Text insgesamt leider nicht sehr befriedigend und befindet sich seine Qualität in bedauerlichem Widerspruch zum Gewicht und zur Bedeutung des Themas. Zwar werden viele positive Worte über Stalin aneinandergereiht, die alle zutreffen, doch insgesamt sagt das Dokument wenig aus, nimmt zu der heutigen ideologischen Auseinandersetzung über Lehren, Werk und Person Stalins nur sehr indirekt und unkonkret Stellung, sagt praktisch nichts zur heutigen Situation in der marxistisch-leninistischen Weltbewegung. Es ist so wenig aktuell, daß buchstäblich nur der Blick auf das Datum darüber Auskunft gibt, ob es von heute stammt oder nicht schon 10, 20 oder sogar 25 Jahre alt ist.

Das Sekretariat der MLPÖ hat auch die Frage beraten, warum - wie aus dem Begleitschreiben hervorgeht - zwar eine Anzahl jüngerer und auch älterer Parteien aufgefordert werden, das Dokument zu unterzeichnen, die Partei der Arbeit Albaniens jedoch n i c h t zur Unter-

Für den Fall, daß Sie Ihr Abonnement verlängern oder die "Rote Fahne" durch eine SPENDE unterstützen wollen, haben wir der vorliegenden Nummer einen ERLAGSCHEIN beigelegt!

zeichnung eingeladen wird, sondern man sie bloß von der Sache "unterrichtet", sie also lediglich informiert.

Die MLPÖ sieht keinen ausreichenden Grund, der eine solche Aussonderung der PAA rechtfertigen könnte.

Als einer besonders erfahrenen marxistisch-leninistischen Partei, die im Kampf gegen den modernen Revisionismus außerordentlich große Verdienste hat und die als einzige marxistisch-leninistische Partei der Welt auch an der Macht ist und ein sozialistisches Land führt, kommt der Partei der Arbeit Albaniens selbstverständlich eine besondere Rolle zu. Doch das hebt den Grundsatz der Gleichberechtigung unserer Parteien, ob groß oder klein, ob schon an der Macht oder nicht, ebensowenig auf wie es rechtfertigen kann, die PAA aus der marxistisch-leninistischen Weltbewegung auszusondern und sie allen anderen Parteien gegenüberzustellen.

Unsere Partei schlägt daher vor, auch die PAA zur Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung zum Stalin-Jahr einzuladen.

Soweit die Meinung unserer Partei zum ganzen Projekt, wobei wir wiederholen, daß die MLPÖ bereit ist, das Dokument trotz seiner inhaltlichen Unzulänglichkeiten und trotz seiner unbefriedigenden Begleitumstände zu unterzeichnen. Wir machen diese Bereitschaft auch nicht von der Bedingung abhängig, daß unsere Änderungsvorschläge berücksichtigt werden.

Mit revolutionären internationalistischen Grüßen

Wien, am 2.Mai 1979

Sekretariat des ZK der MLPÖ

Zur Problematik der Unterzeichnung der Stalin-Jahr-Erklärung

AUS BERICHTEN IN GRUNDORGANISATIONEN DER MLPÖ

Der nachfolgende Text ist eine vom Autor vorgenommene Zusammenfassung von Diskussionsbeiträgen, Anfragebeantwortungen und Berichten in Grundorganisationen der MLPÖ, die der 1. Sekretär des ZK der MLPÖ im Oktober 1979 gegeben hat.

Als wir den Entwurf der Erklärung zum Stalin-Jahr, der uns im April 1979 vorgelegt wurde, studierten und diskutierten, stellten wir nicht seine Begleitumstände, sondern seinen unmittelbaren Inhalt in den Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit. Wir kamen zum Schluß, daß er ziemlich unbefriedigend ist, der außerordentlichen Bedeutung des Anlasses nur sehr unzulänglich gerecht wird und vor allem wenig konkrete Hilfe zur Lösung der gegenwärtig vor unserer Weltbewegung und ihren einzelnen Parteien stehenden aktuellen Aufgaben gibt. Das war umso bedauerlicher, als uns mitgeteilt wurde, daß dieser Entwurf bereits von verschiedenen Parteien unterschrieben sei und praktisch nur Details geändert werden könnten.

Andererseits war unbestreitbar, daß im Großen und Ganzen alles, was der Entwurf über Stalin aussagte, inhaltlich richtig war. Eine große Zahl von historischen Verdiensten des Genossen Stalin wurde darin richtig aufgezählt. Stalin wurde richtig als Klassiker des Marxismus neben Marx, Engels und Lenin herausgestellt. Schließlich gipfelte der Entwurf in der Forderung, den Namen und das Werk Stalins im Kampf gegen den Revisionismus aller Spielarten zu verteidigen und bezeichnete die Haltung zu Stalin als entscheidenden Prüfstein, der die Möglichkeit gibt, die Marxisten-Leninisten, die wahren Kommunisten von allen offenen und versteckten Revisionisten, Opportunisten usw. zu unterscheiden. All dem stimmt unsere Partei uneingeschränkt zu. Ging man also davon aus, daß man nicht die Begleitumstände, sondern den Inhalt, nicht das, was dort fehlt, sondern das, was dort gesagt wird, zum Hauptkriterium

der Beurteilung machen soll, so war klar, daß man Zustimmung erteilen konnte.

Dieser wenn auch unserer Meinung nach unzulängliche, so doch im wesentlichen richtige Inhalt des Entwurfs gab unserer Partei sogar die Möglichkeit, ihre Unterschrift nicht an die Bedingung zu knüpfen, daß unsere Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge berücksichtigt werden. Mit dieser Feststellung, die einige unserer Genossen vielleicht erstaunt hat, wollten wir natürlich auch unterstreichen, daß wir uns nicht an kleine Details klammern, keine Rechthaberei betreiben wollen, daß wir bereit sind, Zugeständnisse zu machen, soferne es nicht um prinzipielle Fragen geht.

Insgesamt wurden am Entwurf vier Änderungen vorgenommen, wovon drei in der Richtung unserer Vorschläge liegen. Wir halten das natürlich für sehr positiv und meinen, daß es den Inhalt der Erklärung verbessert hat und ein zusätzlicher Grund ist, die Erklärung zu unterschreiben und zu unterstützen.

Der Frage des Inhalts zwar unbedingt untergeordnet, aber dennoch nicht nebensächlich ist auch ein anderer Grund, aus dem unsere Partei die Erklärung unterzeichnete. Gerade in einer Situation, in der es bereits Anzeichen dafür gab, daß gewisse Kräfte - zweifelhafte Marxisten-Leninisten und insbesondere unzweifelhafte Nicht-Marxisten-Leninisten - die MLPÖ als "unbequem", weil kritische und die Dinge offen beim Namen nennende Partei sozusagen aus der marxistisch-leninistischen Weltbewegung "ausschließen" und wegmanipulieren wollen - gerade in dieser Situation wollten wir mit unserer Unterschrift dokumentieren, daß die MLPÖ ein untrennbarer Teil dieser Weltbewegung ist und niemand sie aus ihr "hinaus säubern" kann! Wir meinen, daß dieser

Beweis gelungen ist. Wir erkennen das auch daran, daß es den nur dem Namen nach "marxistisch-leninistischen" Parteien und Organisationen nicht immer leicht gefallen ist, den Namen unserer Partei unter den Unterzeichnern zu erwähnen, eine davon sogar diesen Namen sowie den von zwei weiteren Organisationen wegetuschiert hat und wieder andere mit der ganzen Erklärung keine rechte Freude mehr haben, weil unser Name mit darunter steht. Und jene 8 Parteien und Organisationen, die uns gegenwärtig als "Agenten", "maoistische Provokateure", "berufsmäßige Spalter" usw. beschimpfen, stehen vor der unangenehmen Frage, warum sie soeben noch gemeinsam mit so üblen Leuten die Stalin-Jahr-Erklärung ausarbeiteten und diese ausdrücklich als gemeinsame Erklärung von marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen vorstellten, was zu tun uns keinesfalls einfallen würde.

Soweit also zu den Gründen, warum unsere Partei unterzeichnete und warum sie diesen Entschluß nach wie vor für richtig hält.

DIE SCHWERWIEGENDEN NEGATIVEN ASPEKTE NICHT ÜBERSEHEN!

Heißt das, daß wir die unzweifelhaft vorhandenen negativen Aspekte dieses Schrittes nicht sehen oder bagatellisieren wollen? Durchaus nicht, wir sind uns ihrer sehr bewußt. Man braucht sich doch nur vorzustellen, was z. Bsp. ein einfacher türkischer Arbeiter, der Mitglied oder Sympathisierender der unter schwersten Bedingungen der Illegalität und faschistischer Blutjustiz kämpfenden TKP/ML ist, empfinden mag, wenn er die Unterschrift der MLPÖ, der engen Bruderpartei der TKP/ML, zusammen mit der Unterschrift der opportunistischen, objektiv der Reaktion dienenden "Halkin-Kurtusu"-Gruppe unter einer "Gemeinsamen Erklärung" findet. Er wird sagen, diese Kerle machen einmal Gemeinsame Erklärungen mit unserer Partei und gleich danach auch wieder mit unseren Parteifeinden, wo bleibt da die Konsequenz? Dasselbe gilt in bezug auf unsere westdeutsche und unsere

Westberliner Bruderorganisation. Für alle diese Genossen, aber auch für uns selbst ist das keine leichte Situation und erfordert sie ernsthafte Diskussion. Auch ihnen gegenüber so wie der gesamten Weltbewegung gegenüber sind wir für jeden unserer Schritte verantwortlich und müssen sie klar begründen können. Doch auch in diesem Bewußtsein kamen wir zum Ergebnis, daß es richtig war, zu unterschreiben, daß es zugleich aber auch notwendig sein wird, unseren Schritt unter ausführlicher Darlegung aller Für und Wider in aller Öffentlichkeit zu begründen.

WILLKÜRLICHE VORBEREITUNGS- METHODEN UND ANTAGONISTISCHE WIDERSPRÜCHE UNTER ETLICHEN UNTERZEICHNERN

Sehen wir uns also diese negativen Aspekte, die ganze Problematik der Sache im Detail an. Offensichtlich liegt sie nicht in den Mängeln und Schwächen des Textes der Erklärung, sondern einerseits in der Art und Weise ihrer Vorbereitung und ihres Zustandekommens, andererseits und vor allem aber auch in der Frage des Charakters und der Rolle einiger sich daran beteiligender oder dabei sogar federführender Kräfte.

Bekanntlich erhielt unsere Partei den Entwurf der Stalinjahr-Erklärung sowie die Einladung, an ihrer Endfassung mitzuwirken und sie zu unterzeichnen, von der KPD/ML, mit der wir seit 1975 keinerlei Beziehungen mehr haben und die wir überhaupt nicht als marxistisch-leninistische Organisation betrachten. Da aus dem Begleitschreiben hervorging, daß auch die KP Spaniens/ML, mit der es zu diesem Zeitpunkt noch normale Parteibeziehungen gab, dem Redaktionskomitee angehört, führten wir mit ihr den entsprechenden Briefwechsel. Damit war aber lediglich eine formelle Möglichkeit zur Mitarbeit gefunden, die ungeheure Menge der sich zwangsläufig ergebenden Fragen der Methodik des ganzen Projekts aber blieb unbeantwortet.

Wenn zwei Parteien nicht nur die Initia-

tive zu einer Gemeinsamen Erklärung einer Vielzahl von Parteien und Organisationen ergreifen, sondern sich zugleich als jene beiden vorstellen, die alle bei ihnen eintreffenden Änderungsvorschläge "sichten und prüfen" werden, "um anschließend eine endgültige Formulierung des Dokuments zu erstellen", wie es im entsprechenden Rundschreiben heißt, so taucht natürlich die Frage auf, wer diese beiden Parteien zu einer solchen Funktion autorisiert hat. Hat man überhaupt jemanden gefragt? Wenn ja, warum diese und nicht auch andere? Was die MLPÖ betrifft, hatte sie jedenfalls keinerlei Möglichkeit, auf die Zusammensetzung dieser Sichtungs- und Prüfungsinstanz bzw. Schlußredaktion irgendeinen Einfluß zu nehmen. Wir erblicken darin eine Verletzung unserer Gleichberechtigung, eine Diskriminierung.

Ein weiteres Problem liegt in der Frage, welche Parteien und Organisationen überhaupt zur Mitarbeit bzw. zur Mitunterzeichnung eingeladen wurden und welche nicht. Wie man uns mitteilte, haben 8 Parteien und Organisationen bereits den Entwurf unterzeichnet und ist dieser dann weiteren 19 Parteien bzw. Organisationen zur Mitunterzeichnung vorgelegt worden, wobei man ihnen auch ein beschränktes Recht einräumte, gewisse Änderungen vorzuschlagen. Aber wer traf die Auswahl dieser 19 Parteien und Organisationen, wer fällte diese sehr schwerwiegenden Entscheidungen? War das eine Partei, waren es zwei oder auch acht? Wer hat sie ausgewählt und ihnen so wichtige Exekutivfunktionen übertragen? Möglicherweise hat es Beratungen und Diskussionen über die Frage gegeben, welche Parteien man zur Mitwirkung und Mitunterzeichnung einladen soll und welche nicht. Aber das löst nicht das Problem, sondern verschiebt es bloß auf eine andere Ebene, nämlich auf die Frage, wer an diesen Beratungen und Diskussionen teilnehmen durfte und wer nicht. Unsere Partei zum Beispiel war bei all dem in keiner Weise einbezogen worden und wir erblicken auch darin eine Verletzung unserer Gleichberechtigung, eine Diskriminierung der MLPÖ.

Die - man muß es offen aussprechen - reichlich willkürlichen Methoden bei

der Lösung dieser außerordentlich wichtigen Fragen kann man unmöglich kommentarlos hinnehmen. Wenn uns deshalb jemand als "Unruhestifter" bezeichnet, die den schönen Eindruck von Einheit und Einhelligkeit beeinträchtigen, welches die vielen Namen unter der Erklärung zum Stalin-Jahr bieten, so müssen wir ihm antworten, daß es nicht wir sind, die Unruhe stiften, sondern die Methoden, derer man sich bedient und daß das schöne Bild der Einheit den Tatsachen leider nur sehr bedingt entspricht.

Man kann darüber nicht hinwegsehen: Unter den 19 Unterzeichnern der Erklärung zum Stalin-Jahr* gibt es neben solchen, die sich als Bruderparteien betrachten, nicht nur auch solche, die sich gegenseitig überhaupt noch nicht kennen und kaum eine Vorstellung voneinander haben, sondern auch solche, die sich gegenseitig nicht als marxistisch-leninistisch einschätzen und aus diesem Grund Beziehungen zu einander weder haben noch jemals haben wollen! Zugleich sind eine Reihe von Parteien und Organisationen, welche die einen oder anderen Unterzeichner als marxistisch-leninistisch einschätzen und mit denen sie daher sehr enge Beziehungen unterhalten, überhaupt nicht zur Mitarbeit eingeladen worden, hatten sie keine Gelegenheit, sich zu dem Projekt zu äußern, über ihre Mitarbeit oder Nichtmitarbeit selbst zu entscheiden. Wir verstehen die außerordentliche Schwierigkeit, in dieser Frage zu einer befriedigenden Lösung zu kommen, aber umsomehr müssen wir betonen, daß man sich mit dieser Lage un-

* Die meisten Parteien haben nur 18 Unterzeichner genannt. Das erklärt sich daraus, daß die - zumindest noch bis vor kurzem - von den Initiatoren sowie auch von der PdA Albaniens anerkannte KP Irlands/ML aus uns unbekannten Gründen nicht zur Unterzeichnung eingeladen wurde und auch, nachdem sie dennoch die Unterstützung und Unterfertigung der Stalin-Jahr-Erklärung proklamierte, ignoriert wird.

Solche Erscheinungen werfen ein ebenso bezeichnendes Licht auf die herrschende unerträgliche Situation wie die Tatsache, daß einzelne Parteien ihren Mitgliedern überhaupt verschweigen, wie viele und welche Parteien und Organisationen die Erklärung unterschrieben haben. So hat die sogenannte "Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs" (ORPCF) nur fünfzehn Unterzeichner genannt. Natürlich befand sich unter den "Wegzensurierten" auch die MLPÖ. (Anmerkung der RF-Red.)

möglich abfinden kann und darf. Leider sehen wir bei einer Anzahl von Parteien, darunter auch bei solchen, mit denen wir seit langer Zeit brüderliche Beziehungen haben oder hatten, kaum ein ernstes Bemühen, den Notwendigkeiten Rechnung zu tragen und der Gefahr entgegenzuwirken, in die Sackgasse eines willkürlichen und im Grunde fraktionistischen Schemas zu geraten.

DIE ZUSTIMMUNG ZUM TEXT DARF NICHT ALS SOLIDARITÄT MIT ALLEN UNTERZEICHNERN AUFGEFASST WERDEN

Was unsere Partei betrifft, liegt das größte Problem natürlich darin, daß unsere Bruderparteien bzw. Bruderorganisationen in Westdeutschland ("Gegen die Strömung"), in Westberlin ("Westberliner Kommunist") und in der Türkei (die TKP/ML), die wir als die authentischen marxistisch-leninistischen Organisationen dieser Länder bzw. Staaten einschätzen und mit denen uns eine sehr fruchtbare brüderliche Zusammenarbeit verbindet, von vornherein ausgeschaltet waren und nicht als Teil der marxistisch-leninistischen Weltbewegung behandelt wurden, während andere Parteien und Organisationen, die wir auf grund eigener langjähriger Erfahrungen und gewissenhafter Beurteilungen keinesfalls als marxistisch-leninistisch anerkennen können, wie etwa die sogenannte "KPD/ML" oder die türkische "Halkin-Kurtuluşu"-Gruppe, sich zum Teil sogar Funktionen von Exekutivorganen der marxistisch-leninistischen Weltbewegung anmaßen.

Es ist ganz klar, warum und wozu sie in dieser Richtung solchen Eifer an den Tag legen. Sie tun es, um sich in die Toga wahrhaft marxistisch-leninistischer Organisationen zu hüllen und die Arbeiterklasse ihrer eigenen Länder sowie die ganze revolutionäre Weltbewegung über ihr wahres Wesen zu täuschen. Uns muß klar sein, daß wir dieser Täuschung bis zu einem gewissen Grad Beihilfe leisten, wenn wir unsere Unterschrift neben die ihre setzen. Um dem entgegenzuwirken, müssen wir daher gleichzeitig und in aller Klarheit feststellen, was uns von diesen Organisationen trennt und wie wir zu ihnen stehen. Deswegen ist es für uns völlig unmöglich, die

Gemeinsame Erklärung zum Stalin-Jahr kommentarlos zu veröffentlichen oder sie gar als gemeinsame Erklärung von durchwegs marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen vorzustellen. Wir würden damit uns und anderen in die Tasche lügen und Illusionen verbreiten. Gerade bei Dokumenten der vorliegenden Art halten wir es für ein Gebot der revolutionären Aufrichtigkeit, offen unsere Meinung zum Inhalt zu sagen und für den Fall, daß wir mit ihm im Wesentlichen einverstanden sind und ihn daher unterstützen, gleichzeitig deutlich zu machen, daß diese Solidarität mit dem Text keineswegs als eine Solidarität mit allen Unterzeichnern mißverstanden werden darf.

In bezug auf Westdeutschland müssen wir daher gerade in diesem Zusammenhang besonders unterstreichen, daß wir dort nur eine marxistisch-leninistische Organisation kennen, nämlich "Gegen die Strömung", und nicht anders ist es mit Westberlin, wo unsere Bruderorganisation der "Westberliner Kommunist" ist und niemand sonst. Diese beiden Organisationen haben sich in einem komplizierten und konsequenten Kampf gegen die verschiedenen Spielarten des modernen Revisionismus in ihrem Tätigkeitsbereich, insbesondere gegen die revisionistische Linie der KPD/ML und ihren tiefsitzenden Chauvinismus und Rechtsopportunismus profiliert und als wirklich marxistisch-leninistische Kräfte bewährt, sodaß eine sehr enge und erfolgreiche gemeinsame ideologisch-politische und theoretische Arbeit unserer Partei mit ihnen möglich geworden ist, deren Resultate seit der Nummer 165 der "Roten Fahne" jedermann beurteilen kann. Die Unterzeichnung der Stalin-Jahr-Erklärung zusammen mit der KPD/ML ändert nicht das Geringste an unserer Einschätzung dieser Organisation. Das wird noch deutlicher werden, wenn wir in nächster Zeit nicht nur die schon begonnene öffentliche Kritik der revisionistischen Linie der KPD/ML in bezug auf ihre Scheinkritik am Drei-Welten-Schema und ihren Chauvinismus fortsetzen und vertiefen werden,* sondern darüber hinaus auch in aller Öffentlichkeit dokumen-

* Siehe Anhang der Nummer 167 der "Roten Fahne", der als eigene Broschüre auch in englischer Sprache erschienen ist. (Anmkg. der RF-Red.)

tieren werden, welche Geschichte die antagonistischen Gegensätze zwischen unserer Partei und der KPD/ML haben und wie sie sich konkret entwickelten – eine Klarstellung, die schon deshalb notwendig ist, um die von manchen Leuten ausgestreuten oder genährten Gerüchte zu widerlegen, diese Widersprüche seien bloße Folge von "Konkurrenzneid" oder dergleichen prinzipienloser Beweggründe.

Auch was die Türkei angeht, ist für uns die Lage völlig klar. Neben den Sozialchauvinisten, die den Marxismus-Leninismus durch die "Drei-Welten-Theorie" ersetzt haben, gibt es dort auch einige opportunistische Organisationen, aber es gibt nur eine marxistisch-leninistische Partei, die TKP/ML. Wie jedermann aus der Gemeinsamen Erklärung der MLPÖ und der TKP/ML (in der "Roten Fahne" Nr. 168) vom Juni 1978 ersehen kann, verbindet unsere beiden Parteien eine feste, auf klare marxistisch-leninistische Positionen gegründete Solidarität. Es bestehen alle Voraussetzungen dafür, daß sie in den kommenden Kämpfen noch enger und fester wird. Damit ist aber auch schon gesagt, daß wir mit opportunistischen türkischen Gruppen, ob sie nun "Halkin Kurtulusu" bzw. "RKP-Aufbauorganisation" oder sonstwie heißen, nichts zu schaffen haben, in eindeutigem Gegensatz zu ihnen stehen und aus unserer Meinung über sie auch nie ein Geheimnis machen werden.

DEN PSEUDOS GEHT ES NICHT UM DIE EINHEIT, SONDERN DARUM, DIE MARXISTEN-LENINISTEN ZU ISOLIEREN!

Daß Organisationen von der Art der KPD/ML, Halkin Kurtulusu, der Bains-Partei in Kanada ("KP Kanadas/ML") usw., die den Namen "marxistisch-leninistisch" mißbrauchen, derzeit größte Anstrengungen unternehmen, um international von sich reden zu machen und Einfluß zu gewinnen, ist nicht zuletzt auch darin begründet, daß sie vor den wirklich marxistisch-leninistischen Kräften ihrer Länder Angst haben und mit Recht fürchten, von ihnen bloßgestellt und geschlagen zu werden. Daher haben sie ein brennendes Interesse, sich international einen Ruf zu erwerben oder Positionen anzumaßen, von denen aus sie die marxi-

stisch-leninistischen Kräfte ihrer eigenen und anderer Länder, die an ihnen scharfe Kritik üben, abwürgen und mundtot machen, sie möglichst ausschalten und isolieren können.

Sie vertragen keine Kritik, weil sie die Wahrheit nicht vertragen und die revolutionäre Wahrheit gegen sie spricht. Sie reden ununterbrochen von der "Einheit", die ihnen so heilig und unantastbar sei, daß sie nicht dulden könnten, sie durch offene oder versteckte Kritik an dieser oder jener zu ihrem Kreis gehörenden Partei zu "verletzen" oder zu "beeinträchtigen". Aber schon aus einer solchen Darstellung der Erfordernisse der "Einheit" wird offenbar, daß es ihnen nicht um eine prinzipienfeste, wirklich marxistisch-leninistische Einheit unserer Weltbewegung geht, sondern bloß um die Fassade einer solchen, hinter der jeder treiben kann, was er mag, und einer den anderen deckt, egal was der macht.

Genau das aber ist es, was wir und die wahren Marxisten-Leninisten aller Länder nicht haben wollen, nicht zulassen dürfen, sondern durchkreuzen müssen. Wir brauchen eine wirkliche, lebendige, kämpferische Einheit und nicht bloß die Fassade einer solchen. Wir brauchen eine Einheit streng auf der Basis der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin, aber nicht eine prinzipienlose Einheit und schon garnicht einen Handel nach dem Motto "Wenn Du meine Geschäfte unterstützest, so unterstütze ich auch die Deinen; wenn Du mich nicht kritisierst, so werde auch ich Dich nicht kritisieren".

Es mag sein, daß unsere unversöhnliche Haltung in dieser Frage nicht sogleich von allen verstanden wird, die ehrlich nach internationalistischer Einheit streben. Doch hier geht es um eine Lebensfrage unserer Bewegung und daher müssen wir konsequent bleiben. "Die einzig richtige Politik ist die prinzipienfeste!" Gerade in der schwierigen Periode, die unsere Bewegung gegenwärtig zu durchschreiten hat, muß diese Leninische Maxime unser ganzes Tun und Lassen bestimmen.

WARUM NEUN EINGELADENE PARTEIEN NICHT UNTERSCHRIEBEN HABEN

Einige Genossen haben die Frage gestellt, welche Parteien zur Mitunterzeichnung

eingeladen wurden, sich dazu jedoch nicht entschließen konnten, und welche Beweggründe sie wohl haben. Von den 19 Parteien, die nach Beschluß des Entwurfes durch 8 Parteien eingeladen wurden, ebenfalls zu unterschreiben, hat sich nur etwa die Hälfte entschlossen, das zu tun. Neun der angeschriebenen Parteien hielten es nicht für möglich, ihre Unterstützung zu erklären und das Dokument zu unterzeichnen. Es sind dies die KP Bolivians/ML, die KP Britanniens/ML, die KP Ceylons, die Revolutionäre KP Chiles, die MLKP Ekuadors, die KP Griechenlands/ML, die KP Neuseelands, die Revolutionäre KP Uruguays und die Partei "Bandera Roja" von Venezuela.

Mit allen diesen Parteien hat die MLPÖ aufrechte reguläre Parteibeziehungen, bei den meisten von ihnen schon seit vielen Jahren und mit vielen von ihnen entwickeln sich diese ausgesprochen erfreulich.

Umso mehr interessierte uns natürlich, warum sie, die alle eine sehr hohe Meinung von der Person und vom Werk Stalins haben, dennoch nicht unterschrieben. Wie wir annehmen und teilweise sogar auch konkret wissen, haben sie ihre ablehnende Haltung den Initiatoren bzw. der "Redaktionskommission" gegenüber genau begründet, doch diese gibt darüber auch intern keine Auskunft, zumindest nicht unserer Partei.

Hier erhebt sich die Frage, wie das zu rechtfertigen ist. Wem nützt es, wenn die Gründe des Verhaltens von neun international anerkannten Parteien in einer so wichtigen Frage verborgen bleiben und man darüber rätseln muß? Wir halten eine solche Methode für eine weitere Erscheinungsform der Angst vor jeglicher Kritik und der Unduldsamkeit jeder eigenen Meinung gegenüber, eines negativen Verhältnisses zu echter kollektiver Beratung, Diskussion und Zusammenarbeit. Unserem Empfinden nach ist es dem Kampf für eine prinzipienfeste internationalistische Einheit sehr schädlich, wenn über all diesen Fragen ein großes Geheimnis liegt, keine Auskunft gegeben und keine Rechenschaft gelegt wird bzw. solche Informationen vielleicht nur einige "ausgewählte" Parteien haben und erhalten, nicht aber alle, auch wenn es sich um solche handelt, die formell und offiziell als "Bruderparteien" bezeichnet werden.

Dennoch haben wir uns natürlich einige Informationen verschafft und direkte Rücksprachen gehalten. Es stellte sich heraus, daß es sich um sehr ernsthafte und prinzipienfeste Bedenken handelte. Im allgemeinen geht es um drei Gruppen von Einwänden, die auch bei uns diskutiert worden sind.

Erstens geht es um die irreguläre, willkürliche Methodik bei der Vorbereitung und Durchführung des Projekts. Sie ist umso unerträglicher, als es sich nicht um den ersten Fall dieser Art handelt. Bereits vor längerer Zeit gab es in bezug auf eine andere Frage das Projekt einer gemeinsamen Erklärung einer Vielzahl von Parteien. Sie war fast schon druckreif und von vielen Parteien, darunter auch von der MLPÖ unterschrieben, als sie plötzlich zurückgezogen und abgeblasen wurde. Es ist bis heute unaufgeklärt, warum und auf wessen Veranlassung das geschah. So hat es natürlich einiges für sich, wenn die eine oder andere Partei erklärt, daß sie sich an keinem weiteren Projekt beteiligen möchte, solange das Schicksal des seinerzeit unterschriebenen anderen Projekts nicht aufgeklärt ist.

Ein zweiter Einwand ist, daß durch die Unterzeichnung einer an und für sich richtigen, aber doch den wesentlichsten aktuellen Bezügen aus dem Wege gehenden Gemeinsamen Erklärung eine über den unmittelbaren Text hinausgehende Einheit vorgetäuscht werden könnte, die in Wahrheit jedoch nicht existiert. Bevor man sich zusammensetzt, muß man sich auseinandersetzen, sagt Lenin. Das aber heißt, kein Bild wohlgeordneter Zustände zu vermitteln gerade in dem Moment, wo es sie ganz und garnicht gibt. Unsere Partei stimmt damit ganz überein, allerdings meinen wir, daß das im gegebenen Fall die Unterschrift nicht ausschloß, vorausgesetzt, daß man es nicht beim Unterschreiben bewenden ließ, sondern sich und anderen über alle Für und Wider, über das Gemeinsame und über das Trennende Rechenschaft gibt.

Die dritte Gruppe von Einwänden hängt mit der Geschichte des ganzen Projekts einer gemeinsamen Erklärung zum Stalin-Jahr zusammen. Eine ursprüngliche Version des Entwurfes tauchte nämlich schon beim IV. Parteitag der KPD/ML auf und hatte einen ganz und gar unakzeptierbaren Charakter. Bekanntlich

hatte der IV. Parteitag der KPD/ML den Zweck, diese Organisation von einer geradezu extrem rechtsopportunistischen Verteidigung und Propagierung der Drei-Welten-Theorie (wie sie z. Bsp. auch in der berühmten Kieler Rede von Aust zum Ausdruck kam) auszurichten auf eine formale Ablehnung des Drei-Welten-Schemas, wobei die tatsächliche Beibehaltung vieler seiner wesentlichen Elemente durch den Lärm eines oft fast wörtlich dem Arsenal der Chruschtschow-Breshnew-Revisionisten entlehnten Geschreis zur totalen Verdammung Maotsetungs übertönt werden sollte. Dieser prinzipienlose Frontwechsel in der Frage Maotsetungs widerspiegelte sich auch im ersten Entwurf einer Erklärung über das Stalin-Jahr. Er enthielt den Versuch, die berechnete Liebe und Verehrung aller wahren Revolutionäre für Stalin in die Richtung einer Demonstration gegen das gesamte

BITTE SENDEN SIE UNS DIE
ADRESSEN VON INTERESSEN-
TEN DER "ROTEN FAHNE" !

Werk Maotsetungs zu lenken, hinter Lobesworten für Stalin versteckt Maotsetung Fußstapfen zu versetzen, also den einen gegen den anderen auszuspielen, ohne eine wirklich sachliche und beweisfähige Kritik an Maotsetung zu leisten. Einige marxistisch-leninistische Parteien unterzogen damals diese demagogische Absicht einer scharfen Kritik, wonach das Projekt zunächst zurückgestellt wurde. In dieser Phase war die MLPÖ nicht einbezogen, erhielt sie weder Einblick noch wurde sie über die entsprechenden Diskussionen informiert, sondern erfuhr erst nachträglich von Bruderparteien, was da vor sich gegangen war. Erst im März des heurigen Jahres tauchte dann eine überarbeitete, in bezug auf die Frage Maotsetungs "neutralisierte" Version des Projekts auf, wobei diesmal außer der KPD/ML auch die spanische PCE/ML als federführend in Erscheinung trat und auch unsere Partei Gelegenheit zu einer gewissen Mitwirkung bekam. Da der uns nun vorgelegte Entwurf keinen deutlichen Versuch mehr enthielt, unter Lobsprüchen auf Stalin Maotsetung in Bausch und Bogen auf die Seite des Revi-

sionismus und der Reaktion zu stellen, war für uns die prinzipielle Möglichkeit gegeben, zu unterzeichnen. Gleichzeitig können wir es aber auch anderen Parteien nicht verdenken, wenn sie noch das ursprüngliche KPD/ML-Konzept in unangenehmer Erinnerung haben, irgendwelche Reste davon oder ähnliche Absichten auch in der neuen Form der Erklärung vermuteten und daher auch dem nunmehrigen Text ihre Unterstützung versagten.

In gewissem Sinne hat ihnen das seitherige Verhalten der KPD/ML recht gegeben. Denn wenn diese auch ihr ursprüngliches Konzept nicht durchsetzen konnte, hat sie ihre Absichten doch nicht aufgegeben. Das zeigt sich sehr deutlich daran, daß auf der gleichen Seite des "Roten Morgen" vom 3. August 1979, auf der die Endfassung der Erklärung abgedruckt wird, ein Kommentar dazu veröffentlicht wird, in dem diese Erklärung praktisch doch als Verurteilung Maotsetungs dargestellt und interpretiert wird.

Alles in allem ergibt sich, daß die neun Parteien, die trotz Einladung nicht unterzeichneten, für diese Haltung sehr plausible Gründe hatten, die wir als schwerwiegend anerkennen, auch wenn unsere Partei bei Abwägung der positiven und negativen Aspekte der Unterzeichnung zu einem anderen Fazit kam.

Hervorheben muß man übrigens, daß die PCE/ML in einem an unser Zentralkomitee gerichteten Brief mit Datum vom 27. Mai 1979 auf jene Parteien zu sprechen kam, von denen man damals schon wußte, daß sie nicht unterschreiben werden und ihnen gegenüber eine sehr vernünftige Haltung einnahm:

"Unserer Meinung nach ist der Standpunkt dieser Parteien absolut zu respektieren und soll in unserer Bewegung eine offene Diskussion stattfinden, an der alle das Recht haben teilzunehmen und für ihren Standpunkt zu plädieren."

Das sind wahrhaftig begrüßenswerte, fast möchte man sagen, goldene Worte. Sie sollten nicht auf dem Papier bleiben, sondern in die Praxis umgesetzt werden. Doch leider kann man nach all dem, was seit dem Mai dieses Jahres geschehen ist, insbesondere auch unter der Hauptverantwortung der PCE/ML, verdammt wenig davon bemerken.

Negatives Beispiel: „Europawahl - Erklärung“

Vorbemerkung der RF-Redaktion: Der nachstehend im vollen Wortlaut abgedruckte Text wurde der MLPÖ zur Mitunterzeichnung vorgelegt, findet aber nicht deren Unterstützung. (Siehe die Begründung auf den folgenden Seiten.)

Am 10. Juni dieses Jahres finden in Frankreich, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden, der Deutschen Bundesrepublik, Britannien, Italien, Irland und Dänemark die sogenannten Europa-Wahlen statt. Die Regierungen und die bürgerlichen Parteien dieser Länder, die christdemokratischen, sozialdemokratischen und liberalen und anderen Parteien behaupten, daß die „Europäische Gemeinschaft“ den Interessen der Werktätigen dient, daß sie ihnen wirtschaftliche Sicherheit, Freiheit und Demokratie bringt, daß sie dem Frieden und der Völkerverständigung in Europa und in der ganzen Welt diene.

Im Gegensatz dazu erklären die Kommunistische Partei Dänemarks/Marxisten-Leninisten, die Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs, die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten, die Portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut), die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten:

Die „Europäische Gemeinschaft“ ist allein im Interesse der Monopole. Sie ist ein Instrument der westeuropäischen Imperialisten und des USA-Imperialismus zur Ausbeutung und Unterdrückung der Völker, gegen die Revolution, die wahre Demokratie und den Sozialismus. Deshalb können die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen die „Europäische Gemeinschaft“ nicht unterstützen, sondern müssen sie bekämpfen. Was hat die „Europäische Gemeinschaft“ den Werktätigen in Stadt und Land denn gebracht? Was wird sie den Werktätigen der Länder bringen, die ihr beitreten sollen?

Mehr wirtschaftliche Sicherheit? Nein, sondern verschärfte Ausbeutung, wachsende Arbeitslosigkeit, steigende Preise, den Ruin von Millionen Bauern. Um die Profite der EG-Monopole zu erhöhen, wurden in den EG-Mitgliederstaaten Hunderte von Zechen geschlossen. Insgesamt zählt das Arbeitslosenheer in diesen Ländern nach offiziellen Angaben derzeit 7,5 Millionen, hinzu kommen weitere Millionen Kurzarbeiter. Um die Profite der EG-Monopole zu erhöhen, sollen jetzt im Rahmen des Davignon-Plans 140.000 Arbeitsplätze in der Stahlindustrie vernichtet werden. Mehrere Millionen Bauern wurden seit Bestehen der EG von ihren Höfen vertrieben. Während die Preise für Lebensmittel steigen, wurden allein 1977/78 86 Millionen DM aus den Steuergeldern der Werktätigen dafür verwendet, um über 200.000 Tonnen Obst und Gemüse zu vernichten.

Mehr Freiheit und Demokratie? Nein, sondern mehr Polizei und mehr Gesetze zur Unterdrückung der Werktätigen. Eine unter dem Vorwand der „Terroristenbekämpfung“ immer engere Zusammenarbeit der staatlichen Unterdrückungsorgane der EG-Länder gegen den revolutionären Klassenkampf in Westeuropa. Ein immer massiveres Auftreten der Faschisten, die sogar zu den „Europa-Wahlen kandidieren, wie etwa in der Deutschen Bundesrepublik Otto von Habsburg und der Nazi-Verbrecher Filbiner, in Italien der Mörder der Partisanen Giorgio Almirante usw.

Im Interesse von Frieden und Völkerverständigung? Wie soll die „Europäische Gemeinschaft“ dem Frieden und der Völkerverständigung dienen, wenn die EG-Monopole die Völker Europas, die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ausbeuten und unterdrücken? Wie soll sie die Völkerverständigung fördern, wenn die „Europäische Gemeinschaft“ das Elend und die Unterdrückung in den ärmsten Regionen eben dieser Gemeinschaft verstärkt hat? Wie soll die „Europäische

Gemeinschaft“ dem Frieden und der Völkerverständigung dienen, wenn sie geschaffen wurde, um die Interessen der Imperialisten durchzusetzen? Die Imperialisten haben die Menschheit in diesem Jahrhundert bereits zweimal in einen Weltkrieg gestürzt. Es war der deutsche Imperialismus, der unter den EG-Staaten eine Vormachtstellung einnimmt, der diese Kriege anzettelte. Und der USA-Imperialismus, der — obwohl formal nicht Mitglied der EG — dort eine dominierende Rolle spielt, ist heute einer der beiden größten Feinde der Revolution und des Sozialismus, einer der beiden gefährlichsten Kriegstreiber. Die NATO, die mit der EG untrennbar verbunden ist, ist sein wichtigstes Instrument zur Unterdrückung der Völker und zur Vorbereitung und Durchführung neuer imperialistischer Kriege.

Wer für Frieden und Völkerverständigung kämpft, darf nicht für die Stärkung der EG und der NATO eintreten, wie es die chinesischen Revisionisten unter dem Vorwand des Kampfes gegen die andere Supermacht, den russischen Sozialimperialismus, den RGW und den Warschauer Pakt empfehlen. Vielmehr müssen die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen gegen beide Supermächte kämpfen, gegen EG und RGW, gegen NATO und Warschauer Pakt. Denn Frieden und Völkerverständigung können nur im revolutionären Klassenkampf gegen den Imperialismus, gegen die Bourgeoisie im Westen und die neue Bourgeoisie im Osten Europas errungen werden. Wer für die Stärkung der EG und der NATO eintritt, fördert nicht Frieden und Völkerverständigung, sondern verschärft die Kriegsgefahr.

Die EG ist in jeder Hinsicht ein Feind der Arbeiterklasse, der anderen Werktätigen, der Völker im Westen und Osten Europas und der ganzen Welt. Diejenigen, die zur Unterstützung der EG aufrufen, wie es auch die Führer der revisionistischen Parteien vom Schlage Berlinguers, Carillos, Marchais', Mies' und andere tun, beweisen damit, daß sie keine Kommunisten sind, sondern Agenten der Bourgeoisie, die diese Parteien in Parteien im Dienst der Bourgeoisie verwandelt haben. Dasselbe gilt auch für die skandinavischen revisionistischen Parteien, die so tun, als ob sie die EG bekämpfen würden, sie aber in Wirklichkeit in allen grundsätzlichen Fragen unterstützen.

Wir bekämpfen die EG der Monopole. Wir treten ein für die Freundschaft der Völker Europas untereinander und mit allen Völkern der Welt. Wir treten ein für die Solidarität der Arbeiterklasse ganz Europas und aller Staaten der Welt beim Kampf für ihre täglichen Interessen und im Kampf für den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie ihrer Länder durch die sozialistische Revolution und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Werktätige Europas, kämpfen wir gegen das Europa der Monopole, gegen die imperialistische Politik, schauen wir nicht auf die verschiedenen imperialistischen Mächte, nicht auf den sterbenden Kapitalismus, schauen wir auf das Beispiel des sozialistischen Albanien.

Die wirtschaftlichen Interessen der Werktätigen, Freiheit und Demokratie, Frieden und Völkerverständigung lassen sich im Kampf gegen die reaktionäre EG verteidigen und durchsetzen. Zu den Wahlen am 10. Juni rufen wir deshalb auf:

KEINE STIMME FÜR
DAS EUROPA DER
MONOPOLE !

SCHREIBEN DES SEKRETARIATS DES ZK DER MLPÖ AN DIE KP SPANIENS/ML BETREFFEND STELLUNGNAHME ZUR EUROPAAWAHL-ERKLÄRUNG

Wien, im Juni 1979

An die
Kommunistische Partei Spaniens/ML
PCE/ML

Werte Genossen!

Nachstehend übermitteln wir Euch den Text der bereits in unserem Schreiben vom 2. Mai d.J. angekündigten Stellungnahme des Sekretariats des Zentralkomitees der MLPÖ. Wir bestätigen gleichzeitig den Erhalt Eures Briefes vom 27. Mai, der gegenwärtig übersetzt wird und den wir sogleich nach Studium und Beschlußfassung beantworten werden.

ZU DEM DER MLPÖ ZUR UNTERSCHRIFT
VORGELEGTE TEXT "KEINE STIMME
FÜR DAS EUROPA DER MONOPOLE!"

Neben dem Entwurf für eine Gemeinsame Erklärung zum Stalin-Jahr, zu dem wir bereits Stellung genommen haben, langte beim Zentralkomitee der MLPÖ am 5. April 1979 auch der Text einer Erklärung zu den "Europawahlen" vom Juni 1979 ein. Wie in einem Begleitschreiben mit Datum vom 27.3.1979 mitgeteilt wurde, war der Text bereits von 5 Parteien beschlossen und unterzeichnet, während 4 weitere Parteien, darunter die MLPÖ, lediglich aufgefordert wurden, Nachricht zu geben, "ob Ihr sie (die Erklärung) unterzeichnet oder nicht". Am Text selbst seien "keine Änderungen mehr möglich."

Das Sekretariat des ZK der MLPÖ hat die Sache beraten und nimmt zu ihr wie folgt Stellung:

Die MLPÖ hält die Methode der willkürlichen Einteilung von Bruderparteien in verschiedene Kategorien - wie etwa in federführende und beschlußfassende, in solche, die

lediglich ihre Unterschrift unter fertige Texte setzen, und schließlich in solche, die dazu auch nicht eingeladen werden - für unzulässig und lehnt sie entschieden ab. Da diese Methode das Prinzip der Gleichberechtigung der Parteien, ob groß oder klein, schwer verletzt und auf die Diskriminierung einzelner Parteien, bzw. Organisationen hinausläuft, halten wir auch die Berufung auf Zeitmangel oder andere technische Probleme nicht für ausreichend, um sie zu rechtfertigen.

Zur Bemerkung des Begleitschreibens, daß mit dem vorgelegten fertigen Text die marxistisch-leninistischen Parteien Europas "zum ersten Mal in der Form eines Apells in eine konkrete politische Kampagne eingreifen", weshalb die Unterzeichnung besonders wichtig sei, meinen wir, daß der Anlaß der sogenannten "Europawahlen" nicht von solcher Art und Bedeutung ist, daß er als Gegenstand des ersten gemeinsamen Eingreifens der marxistisch-leninistischen Kräfte in eine konkrete politische Kampagne richtig gewählt wäre. Ereignisse wie etwa die großen Klassenkämpfe der Stahlarbeiter verschiedener Länder, die revolutionäre Entwicklung im Iran, die Verhängung des Kriegsrechts in der Türkei usw. usw. würden unserer Partei als unvergleichlich besser geeignet, weil weit wichtiger erscheinen als der bürgerliche Wahlrummel um ein sogenanntes "Vereintes Europa".

Trotz dieser Einwände in bezug auf die Wahl des Themas und die Methode des Vorgehens hätte unsere Partei jedoch mit unterzeichnet, wenn sie sich mit dem Inhalt des vorgelegten Textes in allen wesentlichen Punkten identifizieren könnte. Leider ist das jedoch nicht der Fall. Der uns vorgelegte, nicht mehr zu ändernde Text enthält nach Einschätzung der MLPÖ eine Anzahl

von so empfindlichen Fehlern und Unzulänglichkeiten, daß sich unsere Partei **a u ß e r s t a n d e** sieht, ihn unverändert anzunehmen.

I.

Schon Titel und Hauptparole des Textes "Keine Stimme für das Europa der Monopole!" scheinen unserer Partei als **v ö l l i g u n z u r e i c h e n d !**

Statt wie erforderlich, klar und eindeutig zum **W A H L B O Y K O T T** aufzurufen und seine Notwendigkeit zu begründen, läßt die verwendete Parole die Auffassung zu, man könne bei diesen "Wahlen" zwar gegen ein "Europa der Monopole", vielleicht aber für ein **a n d e r e s** Europa, für ein "Europa der Arbeiter" oder der gleichen votieren.

Im Grunde **a k z e p t i e r t** diese Parole das sogenannte "Europa-Parlament". Sie entlarvt nicht nur nicht die Illusionen jener "linken" Gruppen, die für diese "Wahlen" Kandidatenlisten aufgestellt haben oder das anstreben, sondern nährt und begünstigt sie sogar. Welchen Charakter diese Parole hat, zeigt sich insbesondere darin, daß sie wortwörtlich mit dem Reklameschrei übereinstimmt, mit dem sich verschiedene revisionistische Parteien mit Kandidaten an diesen "Wahlen" beteiligen, die sie demagogisch als Vertreter des "arbeitenden Europa" dem "Europa der Monopole" gegenüberstellen.

Daß es im Text der Erklärung zwar eine Distanzierung von einigen namentlich genannten "Eurokommunisten" und anderen Revisionisten gibt, ändert leider nichts daran, daß die Formulierung der Hauptparole keinen Unterschied zur revisionistischen Argumentation erkennen läßt.

Dieser Fehler wiegt umso schwerer, als die Großbourgeoisie und ihre Parteien in Europa bekanntlich mit Recht fürchten, ihre "Europa"-Reklame und der dazugehörige Wahlrummel würde von großen Teilen der arbeitenden Massen der einzelnen

Länder ignoriert und mit Verachtung gestraft werden, weshalb sie größte Anstrengungen machen, die Menschen wenigstens zu den Urnen zu locken. Ihnen ist zunächst vor allem eine möglichst hohe Beteiligung an diesen "Wahlen" und damit die grundsätzliche Anerkennung des sogenannten "Europa-Parlaments" wichtig und noch gar nicht so sehr, wer und was gewählt wird.

Unter diesen Umständen eine Erklärung zu beschließen, die im Satz gipfelt: "**Z u d e n W a h l e n a m 10. Juni r u f e n w i r a u f: Keine Stimme für das Europa der Monopole!**" heißt geradezu, dem üblen Beispiel der modernen Revisionisten zu folgen und unter dem Deckmantel scheinbar "linker" Parolen im wesentlichen doch das zu tun, was die Bourgeoisie braucht.

Mit dem möglichen Einwand, die Parole sei möglicherweise tatsächlich mißverständlich, aber "anders gemeint", können wir uns nicht abfinden, denn gerade in einem so wichtigen Dokument muß klar und zweifelsfrei **g e s a g t** werden, was gemeint ist und was nicht. Vor allem aber kann dieser Einwand die Frage nicht beantworten, warum die so naheliegende und ganz unmißverständliche Parole des **W a h l b o y k o t t s** umgangen wurde.

II.

Im Text der Erklärung wird zwar die Tatsache festgestellt, daß die sogenannte "Europäische Gemeinschaft" nicht den Interessen der Werktätigen dient, sondern "ein Instrument der westeuropäischen Imperialisten und des US-Imperialismus" ist.

Die MLPÖ hält eine solche Feststellung, welche auch die sowjetischen Revisionisten und ihre Parteigänger in Europa sofort unterschreiben werden, jedoch in keiner Weise für ausreichend.

Die Verwaschenheit und Farblosigkeit solcher Hinweise wird sofort offenkundig, wenn man sie etwa mit

dem vergleicht, was L e n i n schon vor mehr als 60 Jahren über die Pläne der "Vereinigung Europas" feststellte:

"Die 'Vereinigten Staaten von Europa' unter den Bedingungen des Kapitalismus sind entweder unmöglich oder reaktionär... Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und den kapitalistischen Mächten möglich... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken könnte.. Auf der heutigen ökonomischen Basis, das heißt unter kapitalistischen Verhältnissen, würden die 'Vereinigten Staaten von Europa' die O r g a n i s i e r u n g d e r R e a k t i o n bedeuten."

Doch uns geht es nicht nur um die merkwürdige Verwaschenheit des Stils der Erklärung. Vielmehr müßte nach Meinung unserer Partei anlässlich des bürgerlichen Rummels mit den "Europa-Wahlen" unbedingt auch ein scharfer K a m p f g e g e n d i e g a n z e d a h i n t e r s t e c k e n d e "E u r o p a" - I d e o l o g i e geführt werden. Die gesamte Reklame von der "Einheit Europas" ist ein zentrales ideologisches Mittel der Großbourgeoisie der verschiedenen europäischen Länder, "europäischen" Herrenmenschen-dünkel, das heißt c h a u v i n i s t i s c h e Gefühle und Vorstellungen insbesondere gegenüber den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu züchten und zu schüren, um deren kolonialistische und halbkolonialistische Bevormundung, Unterdrückung und Ausbeutung zu rechtfertigen und um auch möglichst große Teile der werktätigen Bevölkerung in Europa in dieser Richtung zu korrumpieren. Lenin und Stalin haben dem Kampf zur Entlarvung dieser Versuche bekanntlich außerordentliche Bedeutung beigemessen und nach Meinung unserer Partei ist ein solcher Kampf gerade in der heutigen Zeit von höchster Wichtigkeit.

Im Text der Erklärung findet sich

in dieser Richtung jedoch kein einziges Wort. Es sind zwar etliche wirtschaftliche und politische Argumente gegen die sogenannte "Europäische Gemeinschaft" genannt, die gesamte i d e o l o g i s c h e S e i t e des Problems aber wird restlos ignoriert.

III.

Neben dem Begriff der "w e s t - e u r o p ä i s c h e n Imperialisten" wird im Text der Erklärung mehrfach auch die Bezeichnung "EG-Monopole" gebraucht.

Die MLPÖ hält diese Begriffe für in wichtigen Beziehungen irreführend, weil sie die Rolle der e i n z e l n e n imperialistischen Großmächte Westeuropas, insbesondere des w e s t d e u t s c h e n Imperialismus vertuschen. Unserer Meinung nach gibt es in Westeuropa westdeutsche, französische, englische usw. Imperialisten und entsprechende Monopole, die sich jeweils auf ihren imperialistischen Staat stützen, nicht aber sozusagen "staatenlose". Die Bezeichnung dieser Imperialisten und Monopole mit der Geographie entlehnten Namen bedeutet, sie im wesentlichen als Einheit aufzufassen und ihren scharfen Kampf um die führende Rolle in Europa und anderswo als etwas Nebensächliches zu behandeln.

Unserer Partei scheint es von grosser Bedeutung, wenn Enver H o x h a in seinem Buch "Imperialismus und Revolution" ausdrücklich betont, daß das sogenannte "Vereinte Europa" "n i c h t konzentrierte, sondern e i n z e l n e imperialistische Tendenzen hat" (Seite 56).

Wir halten auch das in diesem Buch über die sogenannten "multinationalen Gesellschaften" Gesagte besonders auch für die Monopole der EG-Staaten für sehr wichtig:

"In ihrem ä u ß e r e n Erscheinungsbild wollen diese Gesellschaften den E i n - d r u c k e r w e c k e n , sie seien gemeinsames Eigentum der

Kapitalisten vieler Länder. In W i r k l i c h k e i t gehören die multinationalen Gesellschaften, was das Kapital und die Kontrolle betrifft, hauptsächlich zu e i n e m e i n z i g e n L a n d .." wobei der kapitalistische S t a a t d i e s e s L a n d e s "als Werkzeug in ihrem Dienst zum Zweck der Herrschaft, der Expansion...auf nationaler wie auch a u f i n t e r n a t i o n a l e r E b e n e " benutzt wird. Sie "v e r l e t z e n die nationale Souveränität und die Unabhängigkeit der Länder, in denen sie wirken".. (S.92 und 93)

Von allen diesen höchst wesentlichen Tatsachen, die gerade für das richtige Verständnis des "Europa"-Rummels unentbehrlich sind, nimmt der in Rede stehende Text nicht nur keinerlei Notiz, sondern versperrt den Weg zu diesem Verständnis noch durch den Gebrauch irreführender, der Sprache der Bourgeoisie und der Revisionisten entnommener Begriffe.

Am schwerwiegendsten scheint uns, daß die Verwendung von Bezeichnungen wie "w e s t e u r o p ä i s c h e Imperialisten" und "E G - Monopole" insbesondere darauf hinausläuft, die Rolle des w e s t d e u t s c h e n Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, der wirtschaftlich, politisch und militärisch stärksten imperialistischen Macht des "westlichen" Europa zu v e r w i s c h e n und zu v e r t u s c h e n, im Besonderen seine Pläne und Anstrengungen, die anderen Staaten Westeuropas unter dem Motto der "Vereinigung Europas" unter das Joch der Krupp und Thyssen unserer Tage zu bringen, verhüllt. Das ist umso gefährlicher als die Aktivitäten der westdeutschen Imperialisten in dieser Richtung vor allem bei einigen kleineren und Randländern Europas bereits großen Umfang angenommen haben und weit fortgeschritten sind.

IV.

Wie bereits in verschiedenen Nummern des Zentralorgans der MLPÖ, der "Roten Fahne", sowie in anderen Publikationen unserer Partei dargelegt, halten wir die begriffliche Kategorie "S u p e r m a c h t", die auch im besprochenen Text verwendet wird, für schädlich und lehnen sie deshalb ab. Die MLPÖ ist der Meinung, daß diese den Vorstellungen der "Drei-Welten-Theorie" entstammende Kategorie ("Erste Welt") einige imperialistische Großmächte verabsolutiert und alle anderen de facto kaum noch als solche behandelt, sondern im Wesentlichen als "abhängige Länder".

Offenbar enthält die These von der besonderen Rolle der "Supermächte" die s e l b e gefährliche Tendenz wie die Verwendung von Begriffen wie "Westeuropäische Imperialisten" oder "EG-Monopole": die Tendenz zur Unterschätzung, Verharmlosung und Verniedlichung bestimmter imperialistischer Großmächte, darunter vor allem des westdeutschen Imperialismus. Umso weniger kann man unserer Meinung nach solche Begriffe tolerieren und umso wichtiger ist es, ihre gemeinsame Wurzel aufzudecken.

DA IN DEN GENANNTEN PUNKTEN - es sind nur die hauptsächlichen, neben denen es auch noch einige andere gibt - KEINE ÄNDERUNGEN DES TEXTES ZUGELASSEN WAREN, DIESE PUNKTE UNSERER PARTEI JEDOCH VON GROSSER TRAGWEITE SCHEINEN, KONNTE DIE MLPÖ DEN TEXT NICHT UNTERFERTIGEN!

Sekretariat des ZK der MLPÖ

★

DIE NÄCHSTEN NUMMERN ENTHALTEN u. a. BEITRÄGE ZU DEN THEMEN:

Der fortschreitende Ausverkauf Chinas

Nachruf auf Genossen Hysni KAPO

Dokumentation zu den skandalösen Vorfällen im Jugend-Camp von El Saler

KOMMUNIQUE DER MLPÖ

ZUM "INTERNATIONALISTISCHEN MEETING" IN LISSABON VOM 1. JULI 1979

Mit Datum vom 9. Mai 1979 erhielt das ZK der MLPÖ von Seiten des ZK der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut) -PCP/R- einen Brief mit der Einladung, zu dem anlässlich des III. Parteitags der PCP/R geplanten "internationalistischen Meeting" in Lissabon einen Vertreter zu entsenden, der dort namens der MLPÖ eine kurze, womöglich "auf 10 Minuten begrenzte" Ansprache halten sollte. In einem weiteren Brief mit Datum vom 25. Mai 1979 wurde der Termin des Meetings auf den 1. Juli 1979 festgesetzt.

Das Sekretariat des ZK der MLPÖ nahm diese Einladung trotz der entstehenden sehr hohen Reisekosten angesichts der Wichtigkeit eines solchen Ereignisses mit Freude an und beschloß, den Ersten Sekretär des ZK, Genossen Franz Strobl, zu entsenden. Dem Wunsch der PCP/R entsprechend, wurde unverzüglich auch der Text des Beitrags, den Genosse Strobl namens der MLPÖ auf dem Meeting halten sollte, ausgearbeitet und beschlossen sowie zwecks Übersetzung an die PCP/R gesandt. Das gewünschte Limit von 10 Minuten wurde genau eingehalten.

1 Am Samstag, dem 30. Juni, traf der Vertreter der MLPÖ, wie vorgesehen, in Lissabon ein. Gleich beim ersten Zusammentreffen mit Vertretern des ZK der PCP/R vergewisserte er sich vom rechtzeitigen Eintreffen des Beitrags der MLPÖ und erhielt die Auskunft, dieser sei bereits übersetzt, alles gehe in Ordnung.

2 In der Folge fanden Gespräche über andere Fragen statt. Nach ihrem Abschluß wandte sich das Mitglied des ZK der PCP/R Antunesch an den Vertreter der MLPÖ und teilte ihm mit, daß "ein kleines technisches Problem" aufgetaucht sei: infolge der Notwendigkeit, dem Sprecher der PdA Albaniens sowie dem Sprecher der KP Brasiliens auf grund der besonderen Bedeutung dieser beiden Parteien eine verlängerte Redezeit einzuräumen, während zugleich die Dauer des Meetings eher beschränkt werden müsse, sei die technische Notwendigkeit entstanden, die Redezeit der anderen Delegationen wesentlich zu kürzen. Die PCP/R schlage daher vor, die MLPÖ möge auf dem Meeting lediglich den einleitenden und den Schlußteil ihres Beitrags verwenden und auf den Mittelteil verzichten. Das sei keineswegs ein versuchter Eingriff in den Text des Beitrags, es gehe überhaupt nicht um Inhaltliches, sondern ausschließlich um das technische Problem des Zeitmangels. Um das zu unterstreichen verpflichtete sich die PCP/R, bei Annahme ihres Vorschlags den vollen, ungekürzten Text des österreichischen Beitrags in nach dem Meeting erscheinenden Publikationen zu veröffentlichen.

3 Der Vertreter der MLPÖ hielt dem entgegen, daß es sich beim Text seiner Rede nicht einfach um eine persönliche Meinungsäußerung, sondern um ein kollektiv beschlossenes Parteidokument handelt, das nur durch dieses Kollektiv selbst gekürzt oder geändert wer-

den kann, nicht aber durch ein einzelnes Mitglied, sei es auch der Erste Sekretär. Der Sprecher der MLPÖ drückte ferner seine Verwunderung darüber aus, daß das "Zeitproblem" erst jetzt bewußt werde. Er habe den Eindruck, daß es weniger um Zeitknappheit als um inhaltliche Fragen gehe. Allein schon das Ansinnen, den Mittelteil des Beitrags wegzulassen, nicht aber Einleitung und Schlußteil, deute doch in Richtung des Versuchs einer inhaltlichen Zensur. Antunesch wies diese Vermutung als völlig unbegründet zurück und versprach, die Angelegenheit neuerlich dem Sekretariat seiner Partei vorzutragen.

4 Am Abend des 30. Juni, anlässlich eines gemeinsamen Abendessens der ausländischen Delegationen mit Vertretern der PCP/R, fragte der Vertreter der MLPÖ die Delegierten einer Anzahl anderer Parteien nach ihrem Verhalten angesichts des Ansinnens, die vorbereiteten Beiträge auf die Hälfte oder sogar auf ein Drittel zu kürzen. Zu seiner Überraschung stellte sich heraus, daß nur an bestimmte Delegationen ein solches Ansinnen gestellt worden war, an die übrigen Delegationen jedoch nicht. Als sich daher der Vertreter des ZK der PCP/R Ventura an den Sprecher der MLPÖ wandte, um neuerlich die unbedingte technische Notwendigkeit einer Reduzierung des MLPÖ-Beitrags auf die Anfangs- und Schlußteile darzulegen, verwies Genosse Strobl auf seine Erkundigungen bei anderen Delegationen. Ventura antwortete, möglicherweise sei noch nicht mit allen Delegationen gesprochen worden und bot neuerlich an, den ganzen Beitrag der MLPÖ in einen geplanten Bericht über die Veranstaltung aufzunehmen, falls Einvernehmen über die vorgeschlagene Kürzung für das Meeting erzielt werden könne.

Der Vertreter der MLPÖ konnte demgegenüber nur wiederholen, daß er kein Recht habe, einem solchen Handel zuzustimmen und verpflichtet sei, sich an die Beschlüsse der zuständigen Instanzen seiner Partei zu halten.

5 Bis unmittelbar vor Beginn der Veranstaltung blieb unklar, was mit dem Beitrag der MLPÖ auf dem Meeting geschehen würde. Erst vor dem Veranstaltungsgebäude, als die Besucher bereits ihre Plätze einnahmen, kam das Mitglied des ZK der PCP/R Frederico Carvalho zum MLPÖ-Vertreter und erklärte diesem, er habe im Auftrag des Sekretariats des ZK der PCP/R die folgende Mitteilung zu machen:

* Die nun beginnende Veranstaltung sei eine solche der PCP/R und diese sei daher für ihren Inhalt verantwortlich. Das Meeting habe den Zweck, der Festigung der Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung zu dienen, nicht aber deren Spaltung. Daher könne die PCP/R nicht zulassen, daß die MLPÖ ihren Beitrag in der gegebenen Form vortrage. Der Beitrag der MLPÖ enthalte fast in jeder Zeile versteckte Kritiken und Angriffe gegen Bruderparteien, sei der Linie und den Auffassungen der marxistisch-leninistischen Weltbewegung entgegengesetzt und füge dieser Bewegung Schaden zu, denn es sei ein spalterischer Beitrag.

Der Erste Sekretär des ZK der MLPÖ konstatierte daraufhin die tiefe Unaufrichtigkeit der bisherigen Argumentation der Vertreter der PCP/R, verwahrte sich namens der MLPÖ gegen die feindselige, verzerrte und

allen marxistisch-leninistischen Kriterien hohnsprechende Darstellung ihres Beitrags und protestierte gegen den nun offen zugegebenen Versuch einer inhaltlichen Zensur. Da es nun vollends unzumutbar sei, den Beitrag der MLPÖ auf die Anfangssätze und Schlußparolen zu reduzieren, stehe man vor der Tatsache der Unterdrückung der Meinungsäußerung einer Bruderpartei auf einem "internationalistischen Meeting".

Um die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen MLPÖ und PCP/R nicht zu präjudizieren und entsprechenden Beschlüssen des ZK der MLPÖ nicht vorzugreifen, nicht zuletzt aber auch mit Rücksicht auf die an der Veranstaltung teilnehmenden Bruderparteien und mit dem Ziel, möglichst viele von ihnen umgehend von den Vorfällen in Kenntnis zu setzen, brach der Vertreter der MLPÖ seinen Besuch nicht sofort ab, sondern wohnte dem Meeting als Beobachter bis zum Schluß bei. Er folgte auch dem Wunsch, trotz Unterdrückung der Meinungsäußerung der MLPÖ, im Präsidium der Veranstaltung Platz zu nehmen.

6 Als der Vertreter der MLPÖ den Delegierten der Bruderparteien Duplikate des der Zensur zum Opfer gefallenen Beitrags seiner Partei übergab und sie über das Vorgefallene informierte, stellte sich heraus, daß auch andere marxistisch-leninistische Parteien unter Druck gesetzt worden waren, inhaltliche Veränderungen oder Weglassungen von unerwünschten Textstellen vorzunehmen. Zweifellos werden sie selbst dazu in der ihnen passend erscheinenden Form Stellung nehmen.



Das Sekretariat der MLPÖ hat nach Rückkehr seines Mitglieds aus Lissabon dessen Bericht entgegengenommen und sein Verhalten angesichts der dortigen Geschehnisse als völlig korrekt und den Beschlüssen der Partei voll entsprechend erklärt. Es stellt mit aller Entschiedenheit fest:

- ◆ Die MLPÖ kann sich mit den beim "internationalistischen Meeting" in Lissabon seitens der Veranstalter praktizierten Methoden unter keinen Umständen einverstanden erklären und hält sie für unentschuldigbar. Zugleich mit dem schärfsten Protest gegen die jeder kommunistischen Norm widersprechende Behandlung ihres Beitrags spricht die MLPÖ die eindringliche Mahnung aus, auf solchen Wegen nicht fortzufahren und derartige Methoden raschestens zu beseitigen.
- ◆ Die MLPÖ erblickt in den Praktiken, wie sie in Lissabon seitens der PCP/R angewandt wurden, einen schweren Verstoß gegen die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, insbesondere aber auch einen ernsten Schlag gegen die Sache der effektiven prinzipienfesten Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung. Indem man die vor unserer Weltbewegung stehenden Probleme einfach leugnet und selbst jede Andeutung, daß es solche gibt und auch wichtige Fragen noch der Lösung bedürfen, einer engstirnigen

- ◆ Zensur zum Opfer fallen läßt, kann man günstigstenfalls für einige Zeit eine scheinbare Einheit vorspiegeln, sie aber unmöglich wirklich herbeiführen, stiftet vielmehr ungeheuren, nicht wieder gutzumachenden Schaden.

◆ Aus diesem Grund sieht die MLPÖ auch keine Möglichkeit, die in Lissabon geschehenen Vorfälle im Rahmen lediglich interner Diskussionen zu behandeln. Es wäre unverantwortlich, über Ereignisse von solcher Tragweite öffentliches Stillschweigen zu bewahren und es wäre auch garnicht möglich.

- ◆ Gerade weil es eine existenzielle Notwendigkeit ist, einen breiten unversöhnlichen Kampf gegen alle Erscheinungsformen der Verletzung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zu führen und allen Abweichungen davon auch innerhalb unserer Bewegung selbst den entschlossenen Kampf anzusagen, muß man das Mittel der offenen und auch öffentlichen Kritik systematisch und unerschrocken anwenden. Unsere Partei hält das für die einzig wirksame Methode, die vor der marxistisch-leninistischen Weltbewegung stehenden gewaltigen Aufgaben erfolgreich zu lösen, ihre echte prinzipienfeste Einheit zu erkämpfen und um zu verhindern, daß den beiden großen Katastrophen, welche unsere Weltbewegung durch das Auftreten erst des Chruschtschow-Breshnew-Revisionismus und dann des Deng-Hua-Revisionismus erlebt hat, schon in kurzer Zeit eine dritte folgt.

◆ Die Verwirklichung der engsten brüderlichen Zusammenarbeit und der innigen kämpferischen Einheit aller wirklich marxistisch-leninistischen Parteien, Organisationen und Kräfte im Weltmaßstab ist eine unaufschiebbare Aufgabe. Eine solche Einheit ist nur auf der Basis der korrekten Anwendung des Marxismus-Leninismus denkbar, andernfalls wäre sie entweder keine Einheit oder könnte sie nicht unseren Zielen dienen. Eine solche Einheit besteht heute noch nicht, sondern muß erst noch geschaffen werden, muß erkämpft werden. Es bedarf dazu in erster Linie und vor allem anderen eines breiten ideologischen Kampfes, einer umfassenden ideologisch-politischen und theoretischen Auseinandersetzung, des offenen Meinungsaustausches und der gründlichen kollektiven Diskussion, der furchtlosen Anwendung des Mittels der kommunistischen Kritik und Selbstkritik. Von dieser Überzeugung ausgehend versucht die MLPÖ, ihre internationalistische Pflicht zu erfüllen und wird sich davon durch nichts und durch niemand abbringen lassen.

◆ Selbstverständlich wird der bescheidene, lediglich einige Fragen nennende und noch garnicht beantwortende Beitrag der MLPÖ für das Meeting in Lissabon durch das Verhalten der Veranstalter nicht vom Tisch gewischt. Im Gegenteil. Dieses Verhalten veranlaßt uns vielmehr, ihn weit über den ursprünglich vorgesehenen Rahmen hinaus zu verbreiten und ihn möglichst vielen marxistisch-leninistischen Kräften zur Prüfung und mit der Bitte um kritische Stellungnahme vorzulegen.

SEKRETARIAT DES ZK DER MLPÖ

Die Rede, die in Lissabon nicht gehalten werden durfte

Im Namen der marxistisch-leninistischen Partei Österreichs überbringe ich Eurer großartigen Kundgebung die herzlichsten brüderlichen Grüße und Erfolgswünsche im Geiste des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus.

Wir haben nun schon zum zweiten Male Gelegenheit, einer so mächtigen kämpferischen Kundgebung Eurer Partei beizuwohnen und die Erfahrungen unseres ersten Besuches haben die hohe Wertschätzung, welche die österreichischen Marxisten-Leninisten Eurer Partei, Eurer kämpferischen Arbeiterklasse und dem ganzen vorwärtsdrängenden arbeitenden Volk Portugals entgegenbringen, weiter vergrößert.

Ihr steht in einem Kampf von außerordentlicher, weit über die Grenzen Eures Landes hinausreichender Bedeutung, gegen die reaktionären Kräfte aller Sorten, die Euer Volk wieder in eine düstere Vergangenheit zurückzerren und ihm den Weg des Fortschritts versperren wollen. Wir nehmen an diesem Kampf innigsten Anteil, sind mit ihm voll solidarisch und verfolgen aufmerksam seine Entwicklung.

So haben wir auch die Nachricht vom Stattfinden des III. Parteitags Eurer Partei mit größtem Interesse empfangen und haben beschlossen, seine wesentlichsten Dokumente so rasch als möglich in die deutsche Sprache zu übersetzen, um sie auch bei uns zugänglich zu machen.

Wir versichern Euch, daß wir diese Dokumente gründlich studieren, Eure Beschlüsse und Standpunkte ernsthaft

diskutieren und Eurer Partei von den Ergebnissen ausführliche Mitteilung machen werden.

Genossen! Wir leben gegenwärtig in einer Zeit, in der nicht nur das Proletariat Portugals und seine marxistisch-leninistische Partei, sondern das gesamte Weltproletariat und die ganze kommunistische Weltbewegung vor schwerwiegenden Aufgaben und Problemen stehen.

Besonders die revisionistische Entartung der KP Chinas und die durch sie verursachte Lage in unserer Weltbewegung rollt viele Fragen auf, vor allem die Frage, wieso dieser Entwicklung nicht rechtzeitig entgegengetreten wurde, wieso sie nicht verhindert werden konnte *t r o t z* der eindringlichen Erfahrungen mit der revisionistischen Tragödie in der Sowjetunion.

Nach Meinung unserer Partei kann die Antwort nur lauten, daß aus den Erfahrungen mit dem Chruschtschow-Revisionismus offenbar nicht genügend gelernt, bzw. das daraus zu Lernende nicht mit der nötigen Konsequenz angewandt wurde. Deshalb hat unsere Partei beschlossen, ausgehend von den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus und besonders von den Erfahrungen der Kämpfe Lenins, Stalins und der Kommunistischen Internationale gegen alle antimarxistischen und antileninistischen Abweichungen, einerseits unsere eigene Arbeit seit 1963 selbstkritisch zu überprüfen, andererseits eine Analyse des gesamten antirevisionistischen Kampfes seit dem Tod des Genossen Stalin in Angriff zu nehmen.

Dieses Studium hat bereits deutlich gezeigt, daß wir den Kampf gegen den modernen Revisionismus in den eigenen Reihen zu oberflächlich geführt haben. Als wir unseren Kampf vor nunmehr 16 Jahren begannen, schlossen wir uns vor allem auf der Basis der Ablehnung des XX. Parteitages und der Solidarität mit China und Albanien zusammen.

Erst später entdeckten wir, daß nicht alles, was als "antirevisionistisch" auftrat und China und Albanien lobte, wirklich marxistisch-leninistisch war.

Die scheinbare Einheit der gegen den Chruschtschow-Revisionismus auftretenden Kräfte erwies sich als formal und oberflächlich und als sich der Kampf verschärfte, zerbrach sie in kurzer Zeit vor unser aller Augen.

Diese Erfahrung darf man nicht übersehen, wenn man heute die Frage nach dem Grad der tatsächlichen Einheit jener Kräfte stellt, die sich gegen die konterrevolutionäre "Drei-Welten-Theorie" ausgesprochen und die verbrecherischen antialbanischen und anderen verräterischen Handlungen der Deng-Hua-Clique verurteilt haben.

Eine so unverzichtbare Notwendigkeit eine solche Haltung auch für jeden Revolutionär, ja für jeden fortschrittlichen Menschen ist, wird damit bei weitem noch nicht allen Anforderungen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus Genüge getan und ist das noch keine ausreichende Grundlage für eine echte, prinzipienfeste Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung.

Das zeigt sich deutlich auch

darin, daß unter diesen Kräften sehr verschiedene, oft sogar gegensätzliche Auffassungen über Grundfragen der internationalen Lage und der Weltrevolution, über die Situation in China zu Lebzeiten Mao-Tse-Tungs, über Rolle und Werk Mao-Tse-Tungs selbst, über wichtige Fragen der Theorie, der Strategie und Taktik, über die Arbeitsmethoden im allgemeinen und über die Normen der gegenseitigen Beziehungen im besonderen existieren, in einigen Fällen noch wesentliche Bestandteile der "Drei-Welten-Theorie" verwendet werden, während in einigen anderen Argumentationsformen und Argumentationsinhalte auftauchen, die von denen der sowjetischen Revisionisten nicht mehr allzu verschieden sind.

Unsere Partei ist der Meinung, daß man sich mit einem solchen Zustand nicht abfinden kann und daß man sich über ihn keine Illusionen machen darf, wenn man ihn überwinden und eine prinzipienfeste, allen Anforderungen genügende, unzerstörbare Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung erkämpfen will.

Nicht nur was Breite und Tiefe unseres Kampfes gegen den modernen Revisionismus betrifft, sondern auch was seine Methoden anlangt, haben wir offenbar manche Fehler zugelassen. Es gibt Leute, die - vielleicht mit gutem Grund - von der Anwendung des eigenen Kopfes nicht viel halten. Wir dagegen sind der Meinung, daß das richtige und notwendige Prinzip des Sich-Stützens auf die eigenen Kräfte vor allem auch bedeutet, den eigenen Kopf zu gebrauchen, sich selbst Urteile zu bilden, selbst zu studieren, zu analysieren und zu prüfen, schon weil wir selbst auch für alles, was wir tun und lassen,